Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Fixsie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 169. **Halle, Donnerstag den 25. Juli 1918.** **2. Jahrgang.**

Der letzte Zar.

ff. Der Bürger „Nikolaj Alexandrowitsch Romanow ist auf Befehl der Sowjetregierung in Jekaterinburg am 16. Juli glücklich verschieden". An der Richtigkeit dieser Nachricht, die mit einem Fragezeichen erschien, ist jetzt nicht mehr zu zweifeln. Das Lebensschicksal des letzten Zaren hat sich vollendet. Und damit ist das blutige Würfelspiel zu Ende, das vor fast genau vier Jahren seinen Anfang nahm.

In aller Gottesfrühe des 2. August 1914 war in Petersburg die Kriegserklärung bekannt geworden. In den Nachmittagsstunden wälzte sich ein langer Haufen Menschheit den Newski Prospekt hinauf zum Winterpalast. An der Spitze des Zuges ein großes Zarenbild, das von einem aus Soldaten, Bürgern, Pfaffen und leichtgeschürzten Dämchen gebildeten Kreis laut umjubelt, wild umtanzt wurde. Viel Heiligenbilder waren zu sehen. Fromme Lieder erklangen, an jedem deutschen Firmenschild dröhnten schwere Flüche oder wie auf Kommando: Tod den Wurstmachern! empor. Vor dem Winterpalast staute sich die Menge. Sie war von der kriegswilden Reaktion aufgeboten und hierhergeleitet worden, um beim Volke die Kriegsbegeisterung zu wecken und dem Selbstherrscher aller Reußen Zuversicht einzuflößen. Sie mußte sich viel gute Wirkung von der Anwesenheit des treuen Volkes auf den wankelmütigen Zaren versprechen, besonders in dieser Stunde, wo er im Begriffe stand, vor seinen Würdenträgern den Kriegsschwur zu leisten, der mit dem Gelöbnis endet: „Ich werde keinen Frieden schließen, bevor der letzte feindliche Soldat den Boden unseres Vaterlandes verlassen hat.

Nachdem dieser Eid geleistet, erschien der Zar mit der Zarin auf dem Balkon des Winterpalastes. Die treuen Untertanen entblößten sich, fielen auf die Knie und beteten laut: Bosche Zaria chranit! Gott schütze den Zaren!

Das unstete Auge, das über dem auf dem Pflaster liegenden Menschenhaufen dohinschweifte, mag nichts von dem Schatten Potemkins bemerkt haben, der auf der ganzen Veranstaltung lastete. Der gekrönte Jünger Raiputins konnte nur die betende Menge sehen, nur ihr: Bosche Zaria chranit! hören, mußte jetzt mehr Vertrauen in die Macht des Gebetes haben, als Ahnung von jener stärkeren Macht, die sich in den Worten „militärische Notwendigkeit der Sowjetregierung" ausdrückt. Auch konnte er noch nicht ahnen, auf welch seltsame Weise er davor behütet wurde, auch diesmal seinem Schwur untreu zu werden. Er hat den durch Eid für ausgeschlossen erklärten Frieden nicht abzuschließen brauchen; das haben an seiner Statt andere getan, tun müssen. So hat der letzte Selbstherrscher doch wenigstens das eine gute der Revolution zu verdanken, daß er nicht eidbrüchig werden konnte.

Ein tragisches Walten des Schicksals! Mit dem Krieg sollte auch die Revolution erschlagen, die Reaktion gerettet und der Thron befestigt werden. Und nun ist das strikte Gegenteil Tatsache geworden. Freilich, nur mit einem glücklichen Krieg konnte das hohe Ziel erreicht werden. Daß diese Vorbedingung gegeben war, das bezeugten neben anderen die Versicherungen der englischen und französischen Gäste, die im Juli in Kronstadt Anker geworfen hatten. Die Klugheit gebot, das Glück nicht voreilig zu versuchen, sondern es erst richtig vorzubereiten. Die angesetzte Vorbereitungszeit schien freilich in Anbetracht der revolutionären Bewegung zu lang. In den Industriebezirken trieb die Empörung immer höhere Wellen; Streiks gab es im Sommer 1914 vielerorts. Die Petersburger Vororte hatten sich allgemach zu wahrhaftigen Kriegslagern umgewandelt. Im Wiborger Stadtviertel gab es täglich Straßenkämpfe; dort standen Barrikaden und es gab Verwundete und Tote. In das Verbrüderungsfest mit dem französischen Präsidenten Poincare mischten sich die gellenden Schreie empörter Arbeitermassen. Aehnliche Zustände mußten in noch mehr Großstädten stündlich erwartet werden.

Gewiß, diesen Ausständen lagen streng genommen nur wirtschaftliche Ursachen zugrunde. Allein den wahrscheinlichen Lauf der Dinge ließ vielfältige Erfahrung erraten. Der Arbeiterschaft ward wohl der Zar als geneigtes Väterchen geschildert, der verhältnismäßig geringe Schuld an den Uebelständen trage. Aber dieses Charakterbild bekam gleich bestialische Züge, wenn man daran dachte, welchen bis ins kleinste gehenden Anteil er vor einem Jahrzehnt an den Strafexpeditionen, an den Feldgerichten und an den anderen Maßregeln zur Erwürgung der Arbeiterschaft genommen hatte, wieviel Tausende Freiheitskämpfer, Fleisch von ihrem Fleisch, auf seine Unterschrift hin nach Sibirien verschickt, in Kerkern verkamen und an den Galgen endeten. Und wenn sie an die Stelle treten Winterpalast kamen, wo 1905 die von Gapon geführten treuen Arbeiter zusammengeschossen worden waren, da wurden sie rücksichtslos erinnert, welche Bewandtnis es mit der geschilderten Gutmütigkeit Väterchens hatte. Nein, die trübe Erinnerung, der Haß der Arbeiterschaft gegen Thron, Hof und Reaktion war zu tief, als daß er hätte ausgelöscht werden können. Sie strebte nach der Gelegenheit, den Urquell ihrer Drangsal zu beseitigen. Das merkte die Reaktion auch sehr wohl. So mußte anderseits auch der Reaktion eine baldige Gelegenheit erwünscht sein, um die zusehends steigende Gefahr, wenn nicht zu erdrücken, so doch abzulenken.

Dahinein platzten die Schüsse von Serajewo. Stammverwandte Brüder sollten gedemütigt, ein Kind von Mütterchen Rußland sollte gezüchtigt, vergewaltigt, getötet werden!

Die Gelegenheit der Reaktion war plötzlich da, zwar noch etwas früh für den Minister des Krieges und den der auswärtigen Angelegenheiten, aber gerade noch zeitig genug für den Minister des Innern zur Erdrückung der drohenden Revolution. Jetzt oder nie! Die Presse vom Schlage der Nowoje Wremja heulte vor Freude. Ganz Rußland für das edle Serbien! Im Hintergrund winkten die Hagia Sofia, Konstantinopel, die Dardanellen.

Die revolutionäre Arbeiterschaft sah das Erdbeben anheben, durch das sie erdrückt werden sollte. Neben dem großen Umstürzer Krieg mußte ihr das Kampfmittel Streik vorderhand bedeutungslos erscheinen. Sie baute die Ausstände über Nacht ab; die Kämpfer gingen zurück in die Fabrik oder in die Kaserne. Die Erinnerung an 1905 war wieder ganz lebendig geworden. Was damals fehlschlug, warum sollte das jetzt nicht glücken? Bereitsein war alles.

So erwarteten Reaktion wie Revolution gleicherweise ihr Heil vom Kriege! Diese Tatsache sollte bei der Erörterung der Frage, ob uns der Krieg hätte erspart werden können, geziemend gewürdigt werden.

Die Rechnung der Reaktion hat sich als falsch erwiesen. Die blutigen Würfel sind zu ihrem Nachteil gefallen. Sie ist zerstreut und ihr Haupt erschlagen. Ihm ist noch nicht einmal wie den Capets die Ehre eines Gerichts erwiesen worden, mit denen er freilich auch nicht einmal die wenigen ihrer guten Eigenschaften gemeinsam hatte. Büßte der gutmütige Louis XVI. mehr die Sünden seiner Vorfahren, so Nikolaus mehr seine eigenen. Von ihm ist kaum ein Zug bekannt, der menschliches Empfinden entfachen könnte. Und darum auch die allgemeine Gleichgültigkeit, womit sein Tod selbst bei seinen Verbündeten registriert wird. Nicht größer wird die Teilnahme an ihm bei seinem Volke sein. Dieses kann in ihm nur den Verüber zahlloser Gewalttätigkeiten sehen, die unzählige Menschen oder Familien, ja ganze Bezirke namenlos unglücklich oder vernichtet haben. Der unermeßlichen Blutsaat des Zaren kann nicht Zuneigung, sondern Abneigung, nicht Liebe, sondern Haß, nicht mitfühlendes Wort, sondern nur Fluch entsprießen. Das russische Volk hat Nikolaus schon zu Lebzeiten den blutigen Zaren getauft, als der er in der Geschichte fortleben wird.

Als die Märzrevolution den Zaren in den Ruhestand schob und dann mit Dienerschaft und Familie nach Tobolsk schaffte, mochte man allgemein annehmen, daß ihm früher oder später ein ruhiges Lebensende im Auslande beschert sein werde, zumal ihm das Zeug eines kleinen Napoleon fehlte, so daß er den neuen Machthabern kaum gefährlich werden konnte. Allein diese Annahme hat sich als irrig erwiesen!

Mit rauher Hand ist der letzte der Selbstherrscher aller Reußen irgendwo in die Reihe seiner Ahnen gesetzt worden. Noch nicht einmal eine Stelle für einen reaktionären Kranz ist geblieben.

Das Urteil im Henkelprozeß.

(Telegraphischer Bericht.)

Hg. **Jena**, 24. Juli. Heute mittags verkündete der aus dem Geh. Justizrat, Professor des Staatsrechts an der Universität Jena, Dr. Riedner, dem Geh. Regierungsrat Leutheuser, dem Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Knauth und dem Ministerialdirektor Dr. Neumann aus Weimar bestehende Dienststrafgerichtshof II. Instanz durch seinen Vorsitzenden, Oberverwaltungsgerichtspräsidenten Dr. Ebsen das Urteil, in dem neuen Dienststrafverfahren gegen den Universitätsprofessor und Leiter der Jenenser Frauenklinik Henkel.

Es lautete: Das Urteil der Dienststrafkammer wird aufgehoben, der Beschuldigte wird freigesprochen; die baren Auslagen des Verfahrens fallen der großherzoglichen Staatskasse zur Last.

Die Volksstimme hat wegen Platzmangels nicht über den Gang des Prozesses fortlaufend berichten können. Wir bringen deshalb nachstehend ausführlich die Begründung des freisprechenden Urteils, aus der der Gegenstand der Anklage zur Genüge hervorgeht:

Das Gericht teilt die Ansicht der Verteidigung nicht, daß die ärztliche Tätigkeit des Beschuldigten überhaupt nicht Gegenstand eines Dienststrafverfahrens sein könne. Die ärztliche Tätigkeit in der Klinik ist ein Teil der ärztlichen Obliegenheiten und der Dienststrafgewalt unterworfen. Es widerspricht auch nicht dem Grundsatz der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, daß diese Tätigkeit unter Umständen Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens wird.

Bei der Nachprüfung des gegen den Beschuldigten angeführten Materials ist das erkennende Gericht zu wesentlich anderen Feststellungen wie die Dienststrafkammer insofern gekommen, als nach Ansicht des Gerichts von dem ganzen Belastungsmaterial nur noch bleibt, daß **bei Unterbrechung der Schwangerschaft** möglicherweise bei der Anzeigestellung nicht ganz sorgsam verfahren, und in zwei Fällen unterlassen wurde, die herausgenommene Gebärmutter zu öffnen und festzustellen, ob das Kind **vielleicht noch lebe.** Der Beschuldigte hat selbst zugegeben, daß er viel operiere und viele postoperative Todesfälle gehabt habe. Er hat auch hier erklärt, daß er aus seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung und in dem Bestreben, den Kranken möglichste Hilfe angedeihen zu lassen, auch in vielen anderen als den nach dem damaligen Stand der Wissenschaft angezeigten Fällen **operiert** habe, **um das Los der Kranken zu erleichtern.** Das ist durch das von der Verteidigung vorgeführte Material ziemlich wahrscheinlich gemacht worden, jedenfalls wurde es **nicht widerlegt.**

Die Angaben einiger Assistenten, aus denen die Dienststrafkammer entnommen hat, daß Prof. Henkel eine gewisse Operationssucht zum Vorwurf zu machen sei, können für das Gericht nicht maßgebend sein, denn diesen Bekundungen stehen andere gegenüber, die das Gegenteil sagen, und vor allem handelt es sich dabei allenthalben nur um Meinungen und Eingriffe, die nicht durch Tatsachen belegt werden können. Bezüglich der **Schwangerschaftsunterbrechungen** und des weiteren Eingriffs **zur Unfruchtbarmachung** besteht in Wissenschaft und Praxis volle Uebereinstimmung, daß solche Eingriffe unter gewissen Voraussetzungen straflos sind, wenn sie von Aerzten nach den Regeln der ärztlichen Wissenschaft vorgenommen werden. Sie sind insbesondere dann nicht strafwürdig, wenn sie von approbierten Aerzten **zur Rettung der Mutter aus Lebensgefahr** oder zur Abwendung dauernder Gesundheitsschädigung nach den Regeln der Wissenschaft vorgenommen werden. Das Gericht ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich ein solcher Eingriff nur in einem **Fall als nach** der Wissenschaft unberechtigt hat nachweisen lassen. Dagegen glaubt das Oberverwaltungsgericht, feststellen zu müssen, daß der Beschuldigte bei der Anzeigestellung die notwendige Vorsicht geübt hat und nach gewissenhafter Untersuchung von der Notwendigkeit des Eingriffs überzeugt sein konnte. Ein weiterer Fall muß ausscheiden, weil durch die neuere Untersuchung zweifelhaft geworden ist, ob hier ohne Anzeigestellung operiert wurde und weil der Beschuldigte für Eingriffe seiner Assistenten moralisch nicht verantwortlich ist. Es bleiben nur noch vier Fälle, in **denen es zweifelhaft ist, nicht nur, ob der Eingriff objektiv berechtigt war, sondern wo auch Zweifel entstehen können, ob nicht der Beschuldigte leichtfertig in der Anzeigestellung zu weit gegangen ist und auch diese nicht mit der nötigen Sorgfalt vorgenommen hat.** Aber bei der Beurteilung dieser Fälle ist doch zu berücksichtigen, daß sie die einzigen sind, die von 25 ursprünglich beanstandeten Fällen schließlich übrig geblieben sind, und daß diesen insgesamt fünf Fällen, die etwa zu beanstanden wären, 46 gegenüberstehen, in denen nichts zu beanstanden ist. Das könnte den Schluß rechtfertigen, daß auch hier nur der Schein gegen den Beschuldigten zu sprechen scheint, und er tatsächlich nach bestem Wissen und Gewissen vorgegangen ist. Jedenfalls tritt auch in diesen Fällen eine strafbare Handlung nicht zutage.

Ungerechtfertigt erscheint nach den neuen Feststellungen der Vorwurf, der Beschuldigte habe Kranke vernachlässigt; ebenso nimmt das Gericht ein Verschulden wegen der Grenzüberschreitungen und wegen Vernachlässigung der Sektionen nicht an. Professor Henkel hat das nicht anders gehandhabt wie andere Kliniken.

In der Frage nicht genügender Schonung von Menschenleben — zwei Fälle — kann es nach Ansicht des Gerichts dahingestellt bleiben, ob das Kind in diesen beiden Fällen lebensfähig war; denn nach den vorliegenden Gutachten mußte der Beschuldigte auf jeden Fall mit der Möglichkeit rechnen, daß nach der Entfernung der Gebärmutter das Kind noch am Leben sein könnte. Es ist dem Beschuldigten zu glauben, daß er bei der Art, wie er die Uterusexstirpation ausgeführt hat und von seinem Standpunkt aus annehmen konnte, daß die Frucht in dem herausgeschnittenen Uterus nicht mehr am Leben sei. Ein Vorwurf ist ihm hieraus nicht zu machen.

Wesentlich anders, wie nach den Feststellungen des Vorderrichters, stellt sich schließlich auch der Prinzenfall dar. Ein vollkommen klares Bild haben allerdings auch die neuen Erhebungen nicht ergeben; es steht aber fest, daß nur Frau Reichenbach in Frage kommen kann und sie andererseits diejenige Frau nicht sein kann, die nur schnell vorbereitet worden ist, **um dem Prinzen vorsperiert zu werden.** Da andererseits nichts angenommen werden kann, daß die Zeugen, die gesehen haben wollen, wie bei einer Frau, die in Gegenwart des Prinzen operiert worden ist, erst kurz vor der Operation der Magen ausgepumpt wurde und die sonstigen Vorbereitungen zur Operation vorgenommen worden sind, das nicht wirklich erlebt haben, so bleibt nur übrig, anzunehmen, daß die Zeugen mehrere Vorgänge nachträglich miteinander in Verbindung gebracht und vermengt haben. Der Prinzenfall kann keine Veranlassung zu einer Disziplinarstrafe geben; was dem Beschuldigten jetzt noch zum Vorwurf gemacht werden kann, ist nur, daß er dem Prinzen, **einem Laien, das Zusehen bei Operationen an den Geschlechtsteilen** gestattet und bei einer dieser Operationen, wie nach dem Zeugnis Dr. Bleys angenommen werden muß, sich **etwas selbstgefällig** benommen hat. Beides ist vom ethischen Standpunkt nicht zu billigen, wenn auch vieles menschlich zu erklären ist und es dem Beschuldigten zur Entschuldigung dient, daß die Zulassung gebildeter Laien und namentlich wissenschaftlich Interessierter in Kliniken anscheinend im gewissen Umfang üblich und nicht anstößig ist.

Aber ein Disziplinarvergehen hat das Oberverwaltungsgericht darin nicht erblicken können; es spricht nichts dafür, daß der Beschuldigte in der Frage der Schwangerschaftsunterbrechungen, wie überhaupt, eine leichtfertige Auffassung vertreten, verfolgt oder gelehrt hat. Der Beschuldigte ist nach seiner eigenen Angabe ein Mann von ausgeprägtem Selbstbewußtsein. Das mag auch mit Veranlassung gewesen sein, daß ein schwerer Verdacht in diesem Verfahren gegen ihn entstehen konnte. Andererseits ist er, davon ist das Gericht überzeugt, eine ernste Persönlichkeit, die von der sozialen Bedeutung ihres Berufs und von der hohen Bedeutung ihrer Aufgaben als Universitätslehrer und Klinikleiter durchdrungen ist. Unedle Motive, die eine lage Auffassung der Dienstpflichten, namentlich bei den Schwangerschaftsunterbrechungen, veranlaßt haben könnten, sind ihm nicht zuzutrauen. In dem gegenwärtigen Verfahren ist seine gesamte amtliche und zum Teil auch nichtamtliche Tätigkeit derartig nach jeder Richtung hin durchleuchtet und auf Verfehlungen geprüft worden, daß kaum etwas übrig bleibt,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180725-15/fragment/page=0001

was nicht der peinlichen kritischen Erörterung unterzogen worden ist. Wenn sich nun dabei schließlich weiter nichts ergibt, als daß der Beschuldigte in einem Zeitraum von mehr als vier Jahren in sechs oder acht Fällen, unter denen wieder vier oder sechs nicht mehr einwandfrei nachweisbar sind, nicht durchaus einwandfrei verfahren ist, so beweist das doch, daß diese Verfehlungen nicht einer laxen Dienstauffassung oder, was besonders für die Schwangerschaftsunterbrechungen in Betracht käme, einer aufschlußreichen Gesinnung entsprungen sein können, sondern vielleicht in Zufälligkeiten irgendwelcher Art, Arbeitsüberhäufung oder dergleichen ihren Grund haben. Das Gericht ist überzeugt, daß diese Verfehlungen mit der Persönlichkeit des Beschuldigten als Beamten und den Aufgaben seines Amtes nicht derart in Widerspruch stehen, daß sie als formale Dienstvergehen angesehen werden könnten. Demnach mußte der Beschuldigte freigesprochen werden.

•

Da dieses Urteil endgültig ist, weil es von der höchsten Instanz gefällt ist, fällt auch der Grund für die Amtsenthebung des Prof. Henkel weg, und Prof. Henkel wird sofort sein Amt als Direktor der Universitätsfrauenklinik in Jena wieder antreten und auch bei Beginn des Winterhalbjahres seine Vorlesungen an der Universität wieder aufnehmen.

Der Krieg im Westen.

Berlin, 24. Juli, abends. (Amtlich.) Auf dem Schlachtfelde zwischen Soissons und Reims im ganzen ruhiger Tag. Teilkämpfe östlich des Ourcq und südwestlich von Reims.

Berlin, 24. Juli. Die Mulde von Ploisy ist zum ungeheuren Friedhof der feindlichen Angriffstruppen geworden. An jedem einzelnen Kampftage konnten die Deutschen hier wiederholt feindliche Kavallerie und Infanteriebereitstellungen feststellen und mit dem zusammengefaßten Feuer ihrer Batterien vernichtend fassen. Auch am 23. Juli flutete der Gegner nach abgewiesenem Angriff südlich Rogant in Unordnung bis in die Mulde von Ploisy zurück, wo er sich zu sammeln hoffte. Hier schlug jedoch in seine dichten Angriffskolonnen unser wirksames Feuer und richtete wiederum ein großes Blutbad an.

Große Verluste hat der Gegner besonders auch bei seinen **Tankformationen**, auf die die größten Hoffnungen gesetzt waren, erlitten. Vor einem einzigen schmalen Frontabschnitt werden allein 43 zusammengeschossene feindliche Panzerwagen gemeldet.

Bern, 25. Juli. (T. U.) Die Turiner Stampa schreibt: Man sucht die unerfahrene und begeisterungstrunkene Leserschaft glauben zu machen, daß die letzte Schlacht die höchste Anstrengung des Feindes bedeutet. Man versteht nicht, wie sich ernste Leute zu solchen Phantasien verstehen können, da doch jetzt klar sein muß, daß auf die vierte Offensive des Feindes die 5. und 6. folgen kann und wird. Von den Amerikanern ist sogar, nach dem Zeugnis Clemenceaus, erst in vielen Monaten eine fühlbare Mitwirkung zu erwarten. In diesem Augenblick von einem Sieg des Verbandes zu reden, bedeutet daher eine verhängnisvolle Verkennung der wahren Situation. Die Deutschen haben ihren Plan, der Zerstörung der feindlichen Kriegskräfte, in ein Programm gebracht, dessen einzelne Phasen sie treulich durchführen werden, auch wenn einmal ein Rückschlag eintreten wird. Von der Wiederherstellung des Gleichgewichts an der Westfront, oder gar davon, daß die Initiative auf die Entente übergegangen ist, kann vorläufig keine Rede sein.

Der Krieg zur See.

Berlin, 24. Juli. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatze versuchten unsere U-Boote 13 000 Br.-R.-T.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Neuyork, 28. Juli. (Reuter.) Am Sonntag beschoß und versenkte ein U-Boot bei Cod einen Schlepper und drei Kohlenkähne. Ein Wasserflugzeug ist aufgestiegen, um das U-Boot zu vertreiben. Es wurde niemand verletzt.

Oesterreichischer Heeresbericht.

Wien, 24. Juli. Amtlich wird verlautbart: An der italienischen Front keine nennenswerten Kampfhandlungen.

Auf dem albanischen Kriegsschauplatz haben unsere braven Truppen die anhaltenden Anstrengungen des Feindes, unsere Linien im Devoli-Abschnitt zu durchbrechen, durch zähen Widerstand vereitelt.

Der Chef des Generalstabes.

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 25. Juli. Laut Lokalanzeiger meldet Agenzia Stefani, daß ein feindlicher Flieger eine Bombe auf den Zug abgeworfen hat, mit dem König Alexander von Serbien von der italienischen Front zurückkehrte. Die Bombe ist im Bahnhof von Florina niedergefallen.

Bern, 24. Juli. Wie die Agence Helenique aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind in letzter Zeit nicht nur in Serbia, sondern auch in anderen Orten Mazedoniens und des Pelopones große Meutereien ausgebrochen. Zahlreiche Unteroffiziere, Offiziere und Soldaten seien sowohl vom Kriegsgericht in Korinth wie denjenigen von Cosbant zum Tod, zu Zwangsarbeiten oder zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Tokio, 19. Juli. (Reuter.) In einer Sondersitzung nahm der Staatsrat unter dem Vorsitz des Kaisers die Maßnahmen der Regierung hinsichtlich Sibiriens an. Die vorläufige Regierung von Wladiwostok überreichte eine Note an die Alliierten, in der sie um gemeinsames militärisches Vorgehen ersucht. Die Haltung der Alliierten wird von der Lage in Ost-Sibirien abhängig sein.

Zur Lage in Rußland.

Die Entente und die Tschecho-Slowaken.

Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht einen Aufruf des Chefs der französischen Mission Guinet an das Volzugskomitee der Tschechoslowakischen Truppen. Darin wird den Tschechen der Dank der Alliierten übermittelt. Mit den Sowjetbehörden stehe die französische Gesandtschaft nicht mehr in Verbindung. Diese würden im Gegenteil sehen, „wie wir — ein Herz und eine Seele — die befreiende Tätigkeit der tschechoslowakischen Armee unterstützen werden. Dank Euch ist die russische Front wiederhergestellt, jedoch bis jetzt unglücklicherweise mit einer noch schwachen Beteiligung der Blüte des russischen Volkes.“ Diese Front, so heißt es in dem Aufruf weiter, sei gegen die wahren Feinde Rußlands gewendet, gegen die Feinde der Alliierten, gegen die Feinde des Rechts und der Gerechtigkeit, d. h. gegen die Deutschen. Die französische Gesandtschaft kämpfe in erster Reihe auf dieser gleichen Front mit den Tschechoslowaken. — Der Volkskommissar fügt bei, daß der Vormarsch der Sowjettruppen gegen die Tschechoslowaken sich immer günstiger entwickele.

Stockholm, 24. Juli. (T. U.) Der sozialrevolutionäre Führer Mamkow, der am 6. Juli auf dem Sowjetkongreß zu Moskau gegen den ermordeten Gesandten Grafen Mirbach eine aufhetzende Rede gehalten und einen öffentlichen Kampf mit der bestehenden Regierung verkündet hatte, wurde standrechtlich erschossen. Ebenso die sozialrevolutionäre Führerin Spiridowna. Die Nachricht von diesen beiden Hinrichtungen hat einen niederschmetternden Eindruck auf die Sozialrevolutionäre gemacht.

Kiew, 28. Juli. (W. T. B.) In Kiew ist eine Abordnung des russischen Nordgebiets aus Petersburg eingetroffen, um den Austausch von Lebensmitteln aus der Ukraine gegen Erzeugnisse des Nordgebiets anzubahnen.

Moskau, 22. Juli. (W. T. B.) Der fünfte Gebietssrätekongreß erklärte Turkestan als Republik im Bunde mit Rußland und wählte in das Zentralexekutivkomitee elf Mohammedaner. Die Kommissariate für nationale Angelegenheiten, Justiz, Gesundheitswesen und Finanzen sind in muhammedanischen Händen. Die Republik umfaßt die Gebiete Semiretschinsk, Syrdarja, Ferganen, Samarkand, Transkaspi, Chiwa und Buchara. Die Orte Buchara mit vorwiegend russischer Bevölkerung werden von Räten der Arbeiterdeputierten verwaltet. Beim Emir befindet sich ein Kommissar der Republik Turkestan, dessen Ratschlägen der Emir Gehör nicht versagt. Die Basen durch Buchara gehört der Republik und wird durch deren Truppen bewacht. Die von mohammedanischer Bourgeoisie in Kokand geleitete Bewegung für eine autonome Republik wurde unterdrückt. Man ergreift Maßnahmen gegen Dutow und andere Gegenrevolutionäre; die Tschechen sind wegen großer Entfernung ohne Einfluß.

Die Entente im Murmangebiet.

London, 24. Juli. (Reuter.) Ein amtlicher Bericht gibt den Text des Abkommens, das zwischen den Vertretern Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Murmanger Bezirksrates zu gemeinsamem Vorgehen zur Verteidigung des Murmangebietes gegen die deutsche Koalition abgeschlossen wurde. In dem Abkommen wird die Einstellung russischer Freiwilliger in die Truppen der Alliierten geplant, außerdem die Aufstellung russischer Truppen unter russischen Befehl. England, die Vereinigten Staaten und Frankreich versprechen, soweit als möglich Lebensmittel für die ganze Bevölkerung des Murman-Gebietes zu beschaffen und auch die Einfuhr anderer notwendiger Artikel sicherzustellen. Endlich werden sie dem Bezirksrate des Murman-Gebietes finanziellen Beistand gewähren. Die drei Mächte stellen jede Absicht einer Eroberung in Abrede, und auch der Rat des Murman-Gebietes erklärt, daß das Abkommen nur den Zweck habe, die Integrität des Murman-Gebietes bis zur Herstellung für ein großes einiges Rußland zu schützen.

Machenschaften der Entente in Rußland.

Ein Aufruf der Moskauer Sowjet-Regierung vom 13. Juli „An Alle“ beweist, daß auch hinter dem tschecho-slowakischen Aufstand die Entente fördernd und helfend steht. Er lautet wie folgt:

Von Moskau an Alle!

Den 13. Juli. An Alle und an das Ausland!

Der Haß der imperialistischen Oligarchien gegen das bolschewistische Rußland äußert sich in den Intrigen und den feindlichen Handlungen der Agenten des Imperialismus. Die engen Bande, welche den französischen Imperialismus mit dem tschecho-slowakischen Aufstande verbinden, und sein Versuch eines Staatsstreichs in Rußland sind durch folgendes Dokument bloßgestellt. Das Organ der Rechtsrevolutionäre von Sibirien, das in Omsk erscheint, veröffentlicht in Nr. 33 vom 29. Juni den Aufruf des Chefs der französischen Mission Guinet. Der Wortlaut ist folgender:

Die Mitteilung an das provisorische Vollzugskomitee der tschecho-slowakischen Truppen, die ich von dem französischen Gesandten erhalten habe, ist ein chiffriertes Telegramm, welches die Bekanntgabe der Aktion der Alliierten in Rußland enthält. Indem ich diese Nachricht weitergebe, erkläre ich, daß ich beauftragt bin, den tschecho-slowakischen Truppen in Rußland für ihre Aktion die Dankbarkeit der Alliierten auszudrücken. Diese Aktion, die dem tiefen Verständnis der Lage entspricht, macht der tschecho-slowakischen Armee große Ehre und zeugt von der Tapferkeit der Vollzugsorgane auf der riesigen russisch-sibirischen Front und von der Tätigkeit der Führer, welche dank ihrer Umsicht die Mitglieder zu dieser Maßnahme bewogen haben. Die Mitglieder der französischen Gesandtschaft mußten vor kurzem Mittel und Wege suchen, um die Verbindungen mit den russischen Sowjetbehörden aufzunehmen. Jedoch verdienen gegenwärtig diese Behörden in den Augen der Alliierten und der zivilisierten Welt keine solche Haltung mehr. Wir sind nicht mehr in Verbindung mit ihnen, im Gegenteil, jetzt werden sie sehen, wie wir — ein Herz und eine Seele — die befreiende Tätigkeit der tschecho-slowakischen Armee unterstützen werden. Dank Euch ist die russische Front wiederhergestellt, jedoch bis jetzt unglücklicherweise mit einer noch schwachen Beteiligung der Blüte des russischen Volkes. Diese Front ist gegen die wahren Feinde Rußlands gewendet, gegen die Feinde der Alliierten, gegen die Feinde des Rechts und der Gerechtigkeit, d. h. gegen die Deutschen. Die französische Gesandtschaft, die immer ein aufrichtiger Freund Rußlands war, kämpft in den ersten Reihen auf dieser gleichen Front an Eurer Seite.

Wir könnten hinzufügen, daß der Vormarsch der Sowjettruppen gegen die Tschechoslowaken sich immer günstiger entwickelt. Die Hoffnungen der Feinde der russischen Proletarier- und Bauern-Revolution, die in diesem Aufruf ausgedrückt sind, wurden noch einmal enttäuscht.

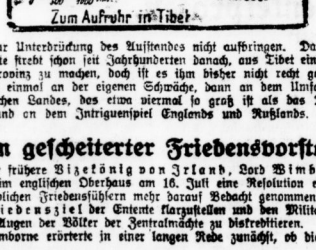
Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten.

Die Auslegung des Brester Vertrages.

Berlin, 25. Juli. (T. U.) Seit einigen Wochen weilt eine Abordnung der Sowjetregierung in Berlin, um mit der deutschen Reichsregierung über die Auslegung des Brester Friedens Verhandlungen zu führen. Der Wunsch zu diesen Verhandlungen ist von der Sowjetregierung in Moskau ausgegangen und er fand beim Staatssekretär v. Kühlmann sofort sympathische Aufnahme. Die Verhandlungen, die noch unter der Leitung des Herrn v. Kühlmann begonnen wurden, stehen nunmehr vor ihrem Abschluß. Sie haben, wie der Vertreter der Frankfurter Zeitung hört, in sämtlichen Punkten zu einer Einigung geführt.

Aufruhr in Tibet.

Nach einer Times-Meldung aus Peking hat sich Tibet gegen die chinesische Oberheinshherrschaft empört. Da es der chinesischen Regierung aber an Geld mangelt, konnte sie bisher die nötige Truppenmacht zur Unterdrückung des Aufstandes nicht aufbringen. Das Reich der Mitte strebt schon seit Jahrhunderten danach, aus Tibet eine chinesische Provinz zu machen, doch ist es ihm bisher nicht recht gelungen. Das lag einmal an der eigenen Schwäche, dann an dem Umfang des tibetanischen Landes, das etwa viermal so groß ist als das Deutsche Reich, und an dem Intriguenspiel Englands und Rußlands.



Zum Aufruhr in Tibet.

Ein gescheiterter Friedensvorstoß.

Der frühere Vizekönig von Irland, Lord Wimborne, brachte im englischen Oberhaus am 16. Juli eine Resolution ein, daß bei feindlichen Friedensfühlern mehr darauf Bedacht genommen werde, das Friedensziel der Entente klarzustellen und den Militarismus in den Augen der Völker der Zentralmächte zu diskreditieren.

Wimborne erörterte in einer langen Rede zunächst, ob die letzten Reden v. Kühlmanns und Graf Hertlings aufrichtige Friedensfühler oder Fallen seien. Er wies darauf hin, daß in Deutschland fraglos eine starke Strömung vernünftiger, zum Frieden geneigter Meinungen vorhanden sei, die selbst der Generalstab nicht ignorieren wolle. Man habe zwei Wochen hingehen lassen, ehe man ihn besououierte, dabei habe man, da in der Zwischenzeit keine Antwort der Alliierten erfolgte, unschwer nachweisen können, daß solche Friedenshoffnungen, wie sie Kühlmann zum Ausdruck gebracht habe, eitel und unfruchtbar seien. Es frage sich, ob England dabei nicht der deutschen Militärpartei direkt in die Hände gespielt habe. Englands Verhalten sei etwas schwerfällig gewesen; das habe sich bereits bei den Brester Verhandlungen gezeigt, als Czernin namens der Zentralmächte ein allgemeines Friedensangebot gemacht habe. Er, Wimborne, sei der Ansicht, daß England bei jenem Angebot als in der Hauptsache der britischen Sache Gerechtigkeit ohne jeden Trug oder Schikane habe zuwenden können. Denn ein ohne irgendwelche Eroberungen oder Beute in seine vor dem Krieg bestehenden Grenzen zurückgetriebenes Deutschland würde die Niederlage des Militarismus bedeutet haben.

Wenn England auf jenes Angebot eingegangen wäre, so wäre vielleicht die Welt in den Frieden gestolpert; viel wahrscheinlicher aber sei, daß die Junker und Alldeutschen Angst bekommen und die Verhandlungen abgebrochen haben würden. Wenn aber dergestalt tatsächlich der Soldatenstiefel triumphiert hätte, dann wäre die Eroberungslust, der Zynismus und die Brutalität seiner Träger der großen Masse des deutschen Volkes in nicht mißzuverstehender unvergeßlicher Form zu Gemüte geführt worden; dann wäre die Friedensoffensive gescheitert, Deutschland aber in sich gespalten gewesen. Die letzte Rede v. Kühlmanns habe eine weitere derartige Gelegenheit geboten, aber drei Wochen seien verstrichen, ohne daß der verantwortliche Minister darauf geantwortet habe. Sei denn die Regierung, die das Volk allzusehr wie Kinder behandle, ihm Dinge verheimliche, die den Feinden keine Geheimnisse seien, so besorgte daß das bloße Wort von Verhandlungen das Volk in Unentschlossenheit stürzen würde? Man solle nicht etwa darauf antworten, daß Englands Friedensbedingungen Deutschland bekannt seien; es sei zweifelhaft, ob ein Deutscher in einer Million sei, der sie kenne, dagegen wisse jeder kriegsmüde Deutsche, daß wenigstens dreimal der Kaiser oder seine Minister Friedensangebote zu Bedingungen gemacht hätten, die jedem Alldeutschen als einer Kapitulation nahekommend erschienen müßten. Da diese Angebote jedesmal von den Staatsmännern der Alliierten mit eisigem, scharfen Stillschweigen aufgenommen worden seien, glaube daher der gewöhnliche Deutsche, daß die Alliierten auf nichts Geringeres als die Vernichtung Deutschlands aus seien und daß ihm nichts übrig bleibe, als den Kampf fortzusetzen.

Der Krieg, so schloß Wimborne, müsse genommen werden, aber es sei kein gewöhnlicher Krieg, man wolle nicht Deutschland in gewöhnlichem Sinne besiegen, sondern bekehren; dazu brauche man zwar neue Waffen, nämlich die Militärmacht und überzeugende Argumente. Wenn aber die Diplomatie ihr Teil tun solle, so bedürfe man einer einfachen konkreten Formel, ohne Reservation, Implikationen und Komplikationen, eine Formel, die das Volk, an das sie gerichtet sei, leicht verstehe. Die Deutschen hätten die Formel „keine Annexionen“ gebraucht; jetzt sprächen sie von „historischen Grenzen“. Gleichgültig, ob das ehrlich oder unehrlich sei, man müsse darauf antworten, immer wieder antworten, auf jede Friedensoffensive müsse man antworten; eine schwerfällige Abwehr sei nicht ausreichend, sondern Gegenangriffe seien notwendig.

Nach Schluß der Rede Wimbornes erklärte Crawford, der in Abwesenheit Curzons den Vorsitz führte, mit Schärfe, Curzon und das Außenamt hätten Wimborne angedeutet, daß die Diskussion seiner Resolution inopportun sei, und erwarteten daher, daß er sie zurückziehen werde. Crawford verlas dann eine Aufzeichnung Curzons, wonach es derzeit nicht im öffentlichen Interesse liege, die Angelegenheit zu diskutieren, zumal die Ansichten v. Kühlmanns nach seinem Fall für die gegenwärtige Lage nicht mehr in Betracht kämen und der Zeitpunkt, an dem die große Offensive stattfinde, für eine allgemeine Erörterung der Friedensbedingungen höchst ungeeignet erscheine. Da das Haus offensichtlich diesen Ausführungen beistimmte, zog Wimborne seine Resolution zurück. Daily Chronicle bemerkt indessen, daß Wimbornes Rede erheblichen Eindruck im Hause gemacht habe.

Der allgemeine Kongreß der Gewerkschaften Frankreichs.

Während der vier Jahre des Krieges hat der französische Gewerkschaftsbund (Confederation Generale du Travail — C. G. T.) wohl mehrere Konferenzen und kleinere Kongresse, aber keinen allgemeinen Kongreß abgehalten. Nachdem jedoch auf diesen Konferenzen wie auf den Zusammenkünften einzelner Gewerkschaftsverbände scharfe Kritik an der Haltung der Leiter der C. G. T. geübt worden war, und nachdem es sich herausgestellt hatte, daß die französische Regierung alle Friedensunterhandlungen ablehnte, entschloß sich die C. G. T., einen allgemeinen Kongreß einzuberufen. Der letzte dieser Kongresse fand in Havre im Jahre 1912 statt; der nächste sollte im September 1914 in Grenoble stattfinden, wurde jedoch durch den Kriegsausbruch vereitelt. Erst nach fast vier Jahren wurde es trotz mannigfacher Schwierigkeiten möglich, für Mitte Juli 1918 den Kongreß nach Paris einzuberufen.

Der Bericht über die letzen vier Jahre, schreibt die Humanitee vom 9. Juli, liegt in einer Broschüre von 89 Seiten vor, worunter sich die Friedenskundgebung befindet, die die C. G. T. erließ. Sie klagt über die Irreführung der öffentlichen Meinung durch Presse und Regierung, insbesondere über die Weigerung der Regierung, ihre Kriegsziele und die allgemeinen Bedingungen öffentlich bekanntzugeben, unter denen der Friede geschlossen werden könnte. Sie beklagt es ferner, daß man gewisse annexionistische Agitationen führte und gewisse Friedensbedingungen ablehnte, ohne sie dem Parlamente bekanntgegeben zu haben. Sie beschwert sich darüber, daß die Regierung die Reisepässe zu internationalen Arbeiterkonferenzen verweigerte. Diese schweren Mißgriffe wurden noch verschlimmert durch militärische Fehler und durch das Unverständnis der Unternehmer gegenüber den Arbeiterforderungen. Hieraus entstand die Unzufriedenheit der Massen, die sich in Streiks Luft machte. Die C. G. T. verlangt deshalb, daß die französische Regierung alle Friedensvorschläge in ernste Erwägung zieht und den Arbeitern gestattet, sich international zu betätigen; vor allem aber soll die Regierung — gemäß der Beschlüsse der Konferenzen von Clermont-Ferrand und London — ihre Kriegsziele öffentlich darlegen.

Der Bericht beschäftigt sich sodann mit den Demonstrationen der C. G. T. zur Verhinderung des Krieges und mit den Versuchen, unmittelbar nach Kriegsausbruch die Internationale wiederherzustellen durch die Verlegung des internationalen Sekretariats von Berlin nach einem neutralen Land. Es wird ferner auf die Beteiligung der C. G. T. an den alliierten Konferenzen hingewiesen, vornehmlich auf die Londoner Konferenz (Juli 1916) und die dort gefaßten Beschlüsse.

Im Innern hat die C. G. T. für die Verbesserung der Lage der Arbeiter gewirkt und durch die Abhaltung der Konferenzen vom August 1915, Dezember 1916 und Dezember 1917 das Gewerkschaftsleben aufrechterhalten.

Der wichtigste Beschluß des Gewerkschaftskongresses ist die Resolution zu den Kriegszielen, durch die er sich mit Entschiedenheit auf den linken Flügel der französischen Friedensbewegung stellt. Leider liegt der genaue Wortlaut dieses wichtigen Dokuments noch nicht vor, nach einer Meldung der W. T. B. M. ist sein Inhalt folgender:

„Der Kongreß verurteilt die Fortsetzung der Geheimdiplomatie und verlangt als Bedingung einen allgemeinen demokratischen Frieden, keine Annexionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Wiederherstellung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität der besetzten Länder, keine Kriegsentschädigungen, kein Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, Freiheit der Meere und Meerengen, internationales Schiedsgericht, Gesellschaft der Nationen.“

Es wurde angeregt, die Regierung nötigenfalls mit allen Mitteln zu zwingen, den Delegierten für eine internationale Konferenz die Pässe auszuhändigen, und es wird jede Einmischung der Entente in Rußland verworfen.

Die Friedensresolution fand Annahme mit 908 gegen 253 Stimmen bei 46 Enthaltungen. Weiter wird über den Kongreß berichtet:

Der Kongreß der Confederation Generale du Travail hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die die Empörung darüber ausdrückt, daß der Staatsgerichtshof die Arbeiterklasse in ihrer Ehre angreife, und daß die Elenden, die dieses unsaubere Werk durchzuführen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180725-15/fragment/page=0002

wagen, der öffentlichen Berechtung preisgegeben sein. Der Kongreß sei entschlossen, eine Champagne gegen die Freiheit der Arbeiter und gegen die Ehre der Arbeiter nicht zuzulassen.

In den weiteren Sitzungen des Kongresses appellierte Merrheim als Führer der Minderheit an die Kaltblütigkeit der Arbeiter, die jetzt, wo die Offensive sich abspiele und der Malaspropreß durchgeführt werde, notwendiger sei als je. Merrheim forderte die Delegierten auf, sich mit der Mehrheit zusammenzuschließen. An die äußerste Linke gewendet, führte er aus, man dürfe nicht für einen Jeden um jeden Preis sein; aber man müsse jetzt eine Stellung nehmen.

Jouhaux, Sekretär des Kongresses und Führer der Mehrheit, verteidigte sodann in mehrstündiger, mit Beifall aufgenommener Rede seine Amtsführung und erklärte, daß er viel dazu beigetragen habe, ernste Konflikte zwischen der Arbeiterschaft und der Regierung beizulegen. —

Schon auf ihrem Weihnachtskongreß von 1917 haben die französischen Gewerkschaften eine Haltung eingenommen, die zu Hoffnungen berechtigte. In scharfem Gegensatz zu ihr stand und steht das Verhalten der Rechten in der sozialistischen Kammerfraktion. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß hinter den Gewerkschaften die stärkeren Volkskräfte zu suchen sind, aber auch sie sind durch den Terror der Kriegshetze gebunden und haben keinen unmittelbaren Einfluß auf den Staatswillen. Den könnten sie nur auf dem Wege über England und Amerika gewinnen, wo jetzt die Entscheidung über Krieg und Frieden ruht und wo gerade jetzt der Kriegswille breiter Bevölkerungskreise erst zum Fanatismus gediehen zu sein scheint. Die französischen Arbeiter können nur dann ernstlich für den Frieden gewinnen, wenn sie in ihrem Sinne auf die englischen und die amerikanischen Arbeiter zu wirken imstande sind.

Aerzte und Krankenkassen.

Allem Anschein nach stehen für eine nahe Zukunft wieder heftige Kämpfe zwischen Aerzten und Krankenkassen bevor. Mit dem Ende des Jahres 1918 laufen etwa 75 Proz. aller in Deutschland zwischen Aerzten und Krankenkassen abgeschlossenen Verträge ab. Unter Berufung auf die Teuerungsverhältnisse beabsichtigen die Aerzte nun, mit sehr erheblichen Mehrforderungen an die Krankenkassen heranzutreten.

Auf der Generalversammlung des Ortskrankenkassenverbandes Sachsen-Anhalt, die am Sonntag und Montag in Quedlinburg stattfand, machte der Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, Lehmann-Dresden, nähere Mitteilungen über die Absichten der Aerzte, worüber bisher noch so gut wie gar nichts in die weitere Oeffentlichkeit gedrungen ist. Danach hat der Leipziger Aerzteverband in einer Geheimtagung Stellung genommen zu der Angelegenheit und seine Beschlüsse niedergelegt in einer Reihe von Leitsätzen, die in einem derart provozierenden Tone gehalten sind, daß der Schluß sich aufdränge, die Aerzte beabsichtigen, es unter allen Umständen zum Kampfe zu treiben in der Hoffnung, dabei besser als bei Verhandlungen ihre Rechnung zu finden. Eine derartige Ausnutzung der „Konjunktur" von einem Stande, wie es der Aerztestand ist, sei geradezu unerhört. Die Forderungen der Aerzte bewegen sich im Durchschnitt auf 50 Proz. Zuschlag zu den gegenwärtig geltenden Gebührensätzen, sowohl der Einzelleistungen als auch der Pauschalgebühren. In einzelnen Fällen gehen die Forderungen auf 100 Proz. Zuschlag hinaus. Dabei könne von einer wirtschaftlichen Notlage der Aerzte nicht die Rede sein. Ganz abgesehen davon, daß es sogenannte „Kassenlöwen" gebe, die innerhalb eines Jahres 20 000, 30 000, ja 60 000 Mark aus ihrer Kassenpraxis herausholten, belaufe sich der Durchschnitt des jährlichen Einkommens der Aerzte allein aus der Kassenpraxis auf 7000 bis 8000 M. Bei dem gegenwärtigen Aerztemangel seien die Aerzte derart beschäftigt, daß sie wohl ausnahmslos sehr erhebliche Einkommen auch aus ihrer Privatpraxis, als Lazarettärzte, und aus sonstigen Quellen erzielten. Niemand denke daran, einen so unentbehrlichen und geistig hochstehenden Berufsstand Nahrungssorgen auszusetzen und was aus der herrschenden Teuerung an berechtigten Forderungen abgeleitet werden könne, werde durchaus Entgegenkommen bei den Krankenkassen finden, aber was jetzt gefordert werde, sei ungerechtfertigt und geradezu unerhört.

Einem von dem Leipziger Aerzteverband herausgegebenen Mustervertrag, der fast nur Rechte der Aerzte und Pflichten der Krankenkassen vorsehe, will der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen demnächst seinerseits einen Mustervertrag entgegensetzen, der die berechtigten Forderungen der Aerzte berücksichtige und dessen Annahme durchzusetzen versucht werden müsse. Da auf irgendwelches Entgegenkommen der Aerzte aber einstweilen noch keinerlei Aussicht vorhanden ist, so wird wahrscheinlich ein Kampf entbrennen, der an Heftigkeit die feinergezeitigen leidenschaftlichen Kämpfe zwischen Aerzten und Ortskrankenkassen weit hinter sich lassen wird.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Zur preußischen Wahlrechtsfrage.

Schwankende Haltung der Regierung.

Zu der Mitteilung des Genossen Scheidemann, der Reichskanzler habe in einer Sonderbesprechung mit ihm und dem Abg. Ebert über die Durchführung des preußischen Wahlrechts ausdrücklich hervorgehoben, daß der preußische Landtag noch in diesem Jahre aufgelöst werden würde, bemerkt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung redaktionell: Die Worte, die hier dem Reichskanzler in den Mund gelegt werden, sind entweder mißverständlich oder beruhen auf einer mißverstandenen Aeußerung des Kanzlers. Wir glauben nicht, daß Graf Hertling gesagt hat, der preußische Landtag werde noch in diesem Jahre aufgelöst werden. Der Ministerpräsident hat vielmehr wiederholt kundgetan, daß die Auflösung des Abgeordnetenhauses erst erfolgen werde, wenn alle verfassungsmäßigen Mittel zur Durchführung einer der Königlichen Botschaft entsprechenden Wahlrechtsreform erschöpft worden seien. Da das Herrenhaus aber sich erst demnächst seiner Aufgabe zuwenden wird und die Hoffnung besteht, daß dieses Haus zu einem Ergebnis kommen wird, dem auch die preußische Staatsregierung zustimmen in der Lage sein wird, kann von der Notwendigkeit oder Gewißheit einer Landtagsauflösung noch in diesem Jahre vorläufig keine Rede sein.

Diese offiziöse Kundgebung veranlaßt sogar das Leipziger Tageblatt zu der Bemerkung: „Die Regierung des Grafen Hertling fährt fort, die preußische Wahlrechtsreform nach dem Schema der Echternacher Springprozession zu behandeln."

In der Sache selbst hält Scheidemann seine Darstellung aufrecht. Wie telegraphisch aus Berlin berichtet wird, veröffentlicht der heutige Vorwärts eine Zuschrift Scheidemanns, in der er seine Unterredung mit dem Vizekanzler von Payer am 3. Juni und mit dem Reichskanzler am 5. Juni ausführlich wiedergibt. Der Reichskanzler habe zum Schluß erklärt: Es bleibt also dabei, entweder gibt es das gleiche Wahlrecht vor dem Winter oder die Auflösung!

Deutscher Heeresbericht vom 24. Juli.

wtb. Großes Hauptquartier, 24. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Lebhafte Artillerietätigkeit nördlich der Lys, bei Arras und bei Albert. Auf dem Westufer der Avre stieß der Feind bei örtlichem Angriff bei nach südlich von Mailly vorübergehend bis in die Avre vor. Unser Gegenstoß stellte die Lage wieder her und schlug am Abend aus Mailly und nördlich davon vorbrechende Teilangriffe des Gegners zurück.

Zwischen Aisne und Marne setzte der Feind gestern früh nach Heranführung neuer Divisionen seine Massenangriffe fort. Die Armee des Generalobersten von Boehn brachte den mehrfach wiederholten Ansturm des Feindes völlig zum Scheitern. Franzosen und Amerikaner erlitten wiederum schwerste Verluste.

Zwischen Noyant und Hartennes stürmte der Feind fünfmal vergeblich an. Beiderseits von Villemontoire gewann er vorübergehend etwas Boden. Unser Gegenangriff warf ihn über seine Ausgangslinien hinaus zurück. Villemontoire wurde dem in dichten Mengen von unserer Artillerie beschossenen zurückflutenden Feinde wieder entrissen. Nördlich des Ourcq zerschlug unser Vernichtungsfeuer feindliche Angriffe zu ihrer Bereitstellung und bei ihrem ersten Ansturm. Panzerwagen, die unsere Linien durchstießen, wurden zusammengeschossen. Infanterie, die ihnen folgte, wurde im Gegenstoß zurückgeworfen. Auch die zwischen Ourcq und Marne kämpfenden Truppen wehrten starke feindliche Angriffe meist schon vor ihren Linien ab.

Von der Höhe nordöstlich von Rocourt und aus dem Walde von Chatelet warfen wir den Feind im Gegenstoß wieder zurück. Am Nachmittage fanden nur noch Teilkämpfe statt, der Gegner wurde abgewiesen.

Südwestlich von Reims dauerten schwere Kämpfe tagsüber an. Zwischen Marne und Ardre stieß der Feind mehrfach vergeblich zu heftigen Angriffen vor. Nördlich der Ardre warf der Franzose neben weißen und schwarzen Truppen auch Italiener und Engländer in den Kampf. Der Angriff der in der Bereitstellung wirksam getroffenen Italiener kam nur schwach zur Entwicklung und wurde schnell zusammengeschossen. Auch Franzosen und Engländer wurden nach vielfach erbitterten Kämpfen und teilweise durch Gegenstöße zurückgeschlagen.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Amtlich. Berlin, 24. Juli 1918. Von der Armee des Generalobersten von Boehn lief im Großen Hauptquartier am Nachmittag des 23. Juli folgende Meldung über die erfolgreiche Abwehr des feindlichen Großangriffs am Vormittage ein:

Nach etwa einstündiger Feuervorbereitung in höchster Kampffeuerstärke ging der Feind auf der ganzen Westfront der Armee zu neuem einheitlichen Angriff über. Von starker, zum Teil neugruppierter Artillerie unterstützt, griffen Franzosen, Schwarze und Amerikaner, von zahlreichen Tankeinheiten begleitet, an.

Auf der ganzen Front wurden die sich mehrfach wiederholenden Anstürme des Feindes teils vor, teils in den Stellungen, zum Teil in Gegenangriffen abgewiesen. Der einheitliche Großangriff des Vormittags ist zusammengebrochen. Teilkämpfe sind noch im Gange.

Im einzelnen:

Den gegen den Abschnitt — General von Watter — anstürmenden weißen und schwarzen Massen gelang es beim ersten Ansturm unter Begleitung von bis zu 40 gezählten Tanks zwischen Buzancy und Tigny zunächst Boden zu gewinnen. Bald hinter ihren vordersten Linien fingen die Divisionen den Angriff auf und schlugen den Feind im Gegenangriff zurück. Villemontoire wurde dem in dichten Mengen, von unserer Artillerie beschossenen zurückflutenden Feinde wieder entrissen.

Bis zu vier Malen holte der Feind zu neuem Angriff vergeblich aus. Das Korps hat mehr als seine erste Linie wiedergewonnen. Ein erneuter Feindangriff ist zur Zeit nördlich Tigny wieder im Gange. Zahlreiche zerstörte Tanks liegen hinter der Front.

Mit sichtbar gut liegendem Vernichtungsfeuer nahm Abschnitt General von Ehel gegen sechs Uhr vormittags den gleichfalls von zahlreichen Tanks begleiteten Feindangriff an. Er wurde im Nahkampf und in Gegenstößen abgewiesen. Gegen acht Uhr vormittags drangen neue Infanterie- und Tankwellen vor. Der Hauptdruck richtete sich gegen die Linie beiderseits Le Plessier Huleu. Der Feind wurde abgewiesen. Tanks, die über die große Chaussee hinter der Front durchgebrochen waren, wurden zusammengeschossen.

Auch im Abschnitt — General von Winckler — entwickelten sich schwere Kämpfe. Seine Divisionen schlugen alle Angriffe ab. Höhe 141 ging vorübergehend verloren und wurde durch Gegenangriff wiedergenommen. Im Dorfe Armentieres an der Straße Soissons—Chateau—Thierry gelang es dem Feinde Fuß zu fassen. Gegenangriffe sind im Gange.

Die Divisionen der Abschnitte — General von Scheele und General von Kathen — schlugen den gleichfalls in großer Stärke mit Tanks angreifenden Feind ab. Nur im Nordteil des Chatelet-Waldes, in den der Feind eindrang, sind Gegenkämpfe noch im Gange. Sonst hat die Kampftätigkeit hier nachgelassen.

Jagd- und Schlachtflieger wurden mit Erfolg in den Kämpfen eingesetzt. Die Truppenzugehörigkeit zahlreicher Gefangener wird in der Abendmeldung gemeldet.

Eine Folge der Verhältniswahl.

Nach Artikel 21 der Reichsverfassung verliert ein Reichstagsabgeordneter, der ein besoldetes Reichsamt oder in innem Bundesstaate ein besoldetes Staatsamt annimmt, oder der im Reichs- oder Staatsdienst in ein höheres Amt mit höherem Einkommen befördert wird, bekanntlich Sitz und Stimme im Reichstage. Er kann aber sein Reichstagsmandat durch eine neue Wahl wiedergewinnen. Dasselbe gilt auch für die Mitglieder der Einzellandtage. Daß Abgeordnete, die Minister oder Staatssekretäre werden, nach ihrer Ernennung weiter Abgeordnete bleiben, ist durchaus wünschenswert, um so einen engeren Zusammenhang zwischen Volksvertretung und Regierung herbeizuführen. Nun wird aber in einer Zuschrift eines Abgeordneten an die Vossische Zeitung darauf aufmerksam gemacht, daß allen 80 Abgeordneten, die in Zukunft nach dem Verhältniswahlsystem in den Reichstag gewählt werden, diese Möglichkeit der Wiederwahl genommen sei. Denn der § 15 des neuen Gesetzes über die Zusammensetzung des Reichstages bestimme, daß, wenn ein auf Grund der Verhältniswahl gewählter Abgeordneter aus dem Reichstage ausscheidet, an seine Stelle ohne Vornahme einer Ersatzwahl der nächste Bewerber desselben Wahlvorschlags tritt. Damit sei die Wiederwahl des beförderten Abgeordneten ausgeschlossen. — Trifft dies zu, so wäre das eine unliebsame Folge des neuen Gesetzes. Eine Wiederwahl wäre dann nicht mehr im selben Wahlkreise möglich, sondern der betreffende Abgeordnete müßte sich um ein neues Mandat in einem anderen Kreise bewerben.

Postabkommen mit Rumänien.

Auf Grund des Artikels 29 des Friedensvertrages ist zwischen Deutschland und Rumänien unter dem 7. d. M. ein besonderes Abkommen auch über die künftige Regelung des Post- und Telegraphenverkehrs geschlossen worden. Die Bestimmungen über den Telegraphenverkehr beziehen sich auf den Bau der dritten unmittelbaren Telegraphenleitung zwischen Berlin und Bukarest, auf Einrichtung des Fernsprechdienstes zwischen Deutschland und Rumänien, auf den Funkspruchverkehr, auf die rumänische Teilstrecke des Telegraphenkabels Konstantinopel — Konstanza — Bukarest — Berlin und auf etwaige weitere Kabel nach Konstantinopel. Die deutsche Regierung erhält das Mitbenutzungsrecht, bis Ende 1950 an der rumänischen Küste Kabel landen zu lassen. Mit Bezug auf das Postwesen ist vereinbart, daß Rumänien auf Grund des Artikels 21 des Weltpostvertrages mit Deutschland ein Sonderabkommen für den Postverkehr schließen soll, wonach Deutschland nicht ungünstiger gestellt wird als ein an Rumänien nicht unmittelbar angrenzendes Land.

Die Verfolgung des Schleichhandels und Hamsterns in Bayern.

Eine neue Ministerialverordnung macht den bayerischen Behörden die energische Verfolgung des Schleichhandels zur unbedingten Pflicht. Sie wendet sich auch direkt an die Bevölkerung in Stadt und Land und setzt hohe Geldbelohnungen für diejenigen aus, die zur Habhaftmachung der Schleichhändler erfolgreich beitragen. Auch für die Aufdeckung von Geheimschlächtereien werden Geldbelohnungen gewährt. Gegen Gastwirte, die sich wiederholt gegen die bestehenden Bestimmungen vergehen, wird mit Geschäftsschließung vorgegangen werden. Die Verordnung wendet sich auch gegen die Hamsterei der Fremden, die sich nicht nur in den Gasthäusern gut verpflegen lassen, sondern das Gastrecht mißbrauchend Beziehungen mit Selbstversorgern anknüpfen, organisierte Hamsterzüge unternehmen und um unerhörte Preise alles aufkaufen, was sie erwischen können.

Oesterreich.

Tiszas Sieg über das Frauenwahlrecht.

Die Mehrheit des ungarischen Parlaments, die noch immer herrschende Nationale „Arbeiterpartei" hat das Wahlrecht der Frauen abgelehnt. Nach der Verfälschung der ursprünglichen Wahlrechtsvorlage, nach der Aufschaltung der Arbeitermassen von dem Wahlrechte, konnte man mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß das reaktionäre Gebahren der Tisza-Fraktion auch bei dem Frauenwahlrecht nicht nachgeben werde. Trotzdem die Beratung des Frauenwahlrechts sich nur um die Frage drehte, ob ein paar Tausend „diplomierte" Frauen des Wahlrechts würdig erachtet werden — die Arbeiterfrauen waren schon im voraus des Wahlrechts entkleidet worden — wurden sämtliche Anträge, sowohl der des Ministerpräsidenten als auch die dreier Abgeordneter, mit großer Majorität abgelehnt. Nach achtstündiger Beratung stimmten für die Anträge alles in allem nur 96, gegen das Frauenwahlrecht aber 161 Abgeordnete, nahezu die gesamte Nationale Arbeiterpartei.

Unter den Abgeordneten, die für das Frauenwahlrecht eintraten, befand sich auch der Schöpfer der demokratischen Wahlrechtsvorlage, der ehemalige Justizminister Vazsonyi, der entschieden für den ursprünglichen Text seiner Wahlrechtsvorlage eintrat. Auch Graf Julius Andrassy trat für das Frauenwahlrecht ein, jedoch war alle Mühe umsonst; Tisza hatte seine Karten gut gemischt, das Frauenwahlrecht wurde niedergestimmt.

*

Wien, 24. Juli. (K. K. Korr.-Bureau.) Wie wir erfahren, wurde der Geheime Rat Minister a. D. Max Freiherr Hussarek von Heinlein zum Ministerpräsidenten ernannt.

Der Polenklub des Abgeordnetenhauses beschloß, das Präsidium des Klubs zu ermächtigen, dem Freiherrn von Hussarek zu erklären, daß der Polenklub auf Grund der stattgehabten Besprechungen bereit sei, für ein sechsmonatiges Budgetprovisorium zu stimmen.

Finnland.

Helsingfors, 24. Juli. Die Eröffnung der finnisch-russischen Friedensverhandlungen ist auf Wunsch der russischen Delegierten bis zum 29. Juli verschoben worden. Die finnischen Delegierten reisten gestern von Helsingfors nach Berlin ab.

Frankreich.

Von den Pariser Sozialisten.

Letzten Sonntag hielt der Verband der sozialistischen Vereine von Paris und Umgebung einen Delegiertentag ab, um Stellung zu nehmen zu dem demnächst zusammentretenden Delegiertentag der gesamten Partei. In bezug auf die Humanite wurde beschlossen, dem Parteiorgan eine Unterstützung von 10 000 Francs zu gewähren unter der Bedingung, daß der Abgeordnete Renaudel in Zukunft die Vertreter aller Parteigruppen zur Mitarbeit gelangen läßt.

Wegen der allgemeinen Haltung der Partei erhielt ein Antrag der Kienthaler, der die Kriegskredite verweigert, sofortigen Friedensschluß verlangt und den revolutionären Klassenkampf betont, 885 Stimmen und einen Delegierten für den Parteitag. Ein Antrag der Minderheit, der gleichfalls die Kriegskredite verweigert, falls die Kriegsziele nicht bekannt gegeben und Pässe für eine internationale Sozialistenkonferenz verweigert werden, verlangt eine sofortige Zusammenkunft der Internationalen, Formulierung der Kriegsziele auf der Grundlage der russischen und Wilsonschen Grundsätze und nach deren Annahme durch die Mittelmächte Aufnahme sofortiger Friedensverhandlungen. Der Antrag lehnt jede Intervention in Rußland ab, sofern sie nicht von den Bolschewiki verlangt wird; er erhielt 6049 Stimmen und 10 Delegierte. Ein Antrag der Mehrheit heißt die Beteiligung der Sozialisten an der Landesverteidigung gut und fordert gleichfalls eine sofortige Zusammenkunft der Internationalen zur Durchführung des Friedens auf der Grundlage der Wilsonschen Grundsätze; er erhielt 2091 Stimmen und drei Delegierte. Anhänger der Richtung Varennes brachten einen Zusatzantrag zum Mehrheitsantrag und verlangten, daß eine Intervention in Rußland erfolge, da das bolschewistische Regime zu verurteilen sei. Dieser Antrag erhielt 1077 Stimmen und zwei Delegierte.

Aus aller Welt.

Veruntreuungen bei einem Proviantamt. Osnabrück, 21. Juli. Vor dem Kriegsgericht kam eine ganze Reihe von Unterschlagungen, Diebstählen und Veruntreuungen zur Verhandlung, die beim Osnabrücker Proviantamt verübt wurden. Es waren große Mengen von Lebensmitteln gestohlen worden. Der Hauptangeklagte, Proviantamtsinspektor Plattner, erhielt anderhalb Jahre Gefängnis und wurde degradiert, zehn andere Angeklagte erhielten ähnliche Strafen.

Luftpostdienst Wien—Budapest. Wien, 25. Juli. Der Luftpostdienst Wien—Budapest ist, wegen verschiedener Unglücksfälle, von heute an, bis auf weiteres eingestellt worden.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Suppenwürfel. Von Freitag an auf Marke 213 des Warenbezugsscheins 17 jede Person 3 Suppenwürfel für 10 Pf. pro Stück.

Kirschen. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 21 001 bis 23000, nachmittags von 2—6 Uhr Nr. 19 501—21 000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Auf Abschnitt 206 des Warenbezugsscheins 17 jede Person ein Pfund.

Eier. Freitag vormittags 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 20 501—23 000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Stück.

Quark. Freitag auf Abschnitt 10 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändlern Ende, Delitzscher Straße 10 und Schönherr, Grünstraße 12. Jede Person ¼ Pfund auf die neuen Lebensmittelscheine Nr. 71 001 bis 74 000.

Mager- oder Buttermilch. Freitag, nachmittags von 2 Uhr an auf Abschnitt 11 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändler Harnisch, Schillers Hof 11 und in der Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei, Schulstr. 3. Jede Person ½ Liter auf Nr. 5001—8000 der neuen Lebensmittelscheine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180725-15/fragment/page=0003

Bekanntmachung.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 27. Juli 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 7 Uhr Nr. 5651—5725, | um 9 Uhr Nr. 5801—5875,
„ 8 „ „ 5726—5800, | „ 10 „ „ 5876—5950.

Halle, den 24. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Hallischer Hausfrauenbund

Strumpfnäh-Lehrgang.

Anmeldung Gr. Steinstraße 161 von 9—12 und 4—6 Uhr und Rathausstraße 171 10—12 Uhr wochentäglich.
1386] Mitglieder Ermäßigung.

Wittekind altberühmtes Solbad in anmutiger, geschützter Lage im Nord. von Halle S. Sol-, Kohlensäure- u. mit echter Schmiedeberger Eisenmoorerde zubereitete Moorbäder. Solquelle mit kräftiger Radioaktivität. Elektr. Lichtbäder. Kurpark in Verbindung mit dem romantisch gelegenen Zoologischen Garten auf dem Reilsberge. In nächster Nähe: Bürgerpark, Burgruine Giebichenstein mit altem Park, Klaus- und Galgenberg. Nachtigalleninsel und Bergschenke. Wohnungen im Kurhause und in den Villen des Bades. Aerztliche Behandlung übernehmen alle medizinischen Professoren und Aerzte Halles. Medizin. Leitung des Bades: Geh. San.-Rat Dr. Mekus. Das Bad ist Eigentum der Stadt Halle a. S. und wird von dieser selbst verwaltet. Der reichillustrierte Prospekt wird Interessenten auf Wunsch kostenfrei zugesandt. Fernruf: Direktion, Halle a. S. Nr. 6844. Badeanstalt: Fernruf Nr. 2675 (für Bestellung der Bäder). [1050

Gustav Uhlig

Untere Leipziger Straße

Billige, gute Bezugsquelle in vorteilhaften

Musikinstrumenten

für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte

= Mundharmonikas =
Mandolinen, Gitarren
Wiener Ziehharmonikas.

Sonntags geöffnet von 1/2 12 bis 1/2 2 Uhr.

Möbel

sind in großer Auswahl vorrätig. Wir haben kompl. Schlafzimmer-, Küchen-, auch ganze Wohnungs-Einrichtungen, ferner einzelne Bettstellen mit Patentrahmen und dreiteiligen Auflegematratzen, Spiegel, Trumeaus, Schreibtische, Sessel etc., Federbetten, Plüschsofas.

Bequeme Zahlungsweise.

Eichmann & Co.

Größt. Waren- u. Möbel-KreditHaus
Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstraße.

Soeben erschienen:

Der Mieterschutz

Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegszeitlichen Bekanntmachungen über

Einigungsämter, Zahlungsfristen
Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz

von

Arbeitersekretär **Fritz Henck**

Preis **30** Pf., nach auswärts **40** Pf. gegen Voreinsendung.

Zu beziehen von der

Buchhandlung der Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Möbel auf Teilzahlung.

Empfehle mein großes Lager in 3 Etagen in ganzen Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzelnen Möbeln, besonders schöne Schlafzimmer, Bettstellen u. Matratzen, Sofas, Kinderarbeitsbänke, Vertikos, Küchenmöbel aller Art.

Kredit auch nach auswärts.

N. Fuchs, Möbel- Ausstattungs-Geschäft, [1270

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

Drucksachen

Unsere Buchdruckerei, ausgestattet mit allen modernen, der Neuzeit entsprechenden Schriften Einfassungs- und Vignettenmaterial, empfiehlt sich den Gewerkschafts- und Partei-Genossen, sowie einer geehrten Geschäftswelt zur Anfertigung von sämtlichen Vereins- und Geschäftsdrucksachen, wie Eintritts- und Mitgliedskarten, Jahresberichten, Zirkulare, Programme, Statuten, Rechnungen, Prospekten u. Plakaten. Ferner empfehlen wir uns zur Herstellung von Familiendrucksachen in nur bester und moderner Ausführung bei angemessener Preisstellung. Unser Bestreben wird sein, nur einwandfreie und gut ausgestattete Arbeiten zu liefern. Den geschätzten Aufträgen werden wir in jeder Beziehung rechte Sorgfalt angedeihen lassen.

Freie Presse

G. m. b. H. Leipzig • Buchdruckerei und Verlag

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau.
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg
Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek
der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode
Hausschneiderei / Sonntagszeitung / Deutsche Modenzeitung

Markttaschen in Bast und Kunstleder 10.65 bis 1.25
Einkaufsbeutel aus Zellstoff in neuen Formen 4.38 bis 1.38
1295]
Marktnetze verschiedene Größen 2.45 bis 1.88
Frühstückstaschen verschied. Größen 1.28 bis 48 Pf.
in großer Auswahl zu billigen Preisen

H. Elkan, Leipziger Str. 87

Der **Wahre Jacob**
Preis 15 Pfennig
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Schuhe
werden mit Lederflicken und Lederriemen besohlt und repariert. [1100
Hoffmann, Schützenstr. 20.

Bettfedern, Daunen fertige Betten
empfiehlt [1008
Eduard Graf, Halle
Markt 11.

Dauernd Parteikrieg oder Wiedervereinigung.

Erwägungen und Anregungen zur Krise in der deutschen Sozialdemokratie.
Von R. Drescher.
Preis 20 Pfennig.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Dr. Ed. David MdR.:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer der dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltverteilungssyndikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Einkreisung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.
Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— Mk.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Weißenfels.
Gasthof Roter Löwe.
Freundliches Familienlokal der Neustadt.
Empfiehlt täglich, auch außer dem Hause, vorzüglich gepflegtes [1377
Oettler-Lagerbier, hell, sowie Kulmbacher St. Petri, dunkel.

Peißnitz.
Sonnabend, den 27. Juli abends 8 Uhr
Volkskonzert
d. Stadttheater-Orchesters.
Eintritt 20 Pf. [1394
Vorverkauf in der Hofmusikalienhandlg. H. Hothan.

Fast neue echte [928
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußb.-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt
R. Sachse, Hohenmölsen, Lützener Str. 7.

Bad Wittekind.
Freitag, den 26. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr
Kur-Konzert
vom [1393
Stadttheater-Orchester.
Leitung: Kapellmeister Karl Röhren.
Eintrittspreise:
Erwachsene 35 Pf.,
Kinder 20 Pf.
Dauerkarten sind gültig.

In freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier kauft
Alb. Bode jun., Große Klausstr. 22.

Schuhe und Stiefel
werden besohlt und repariert [900
Burgstraße 48, p. r.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180725-15/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 169. Halle, Donnerstag den 25. Juli 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 25. Juli 1918.

Ferienspiele.

Der Sommer steht in seinem Höhepunkt. Dunkelgrün schattet das Laub. Eine unabsehbare Fülle von Blumen leuchtet in der Runde. Die Mehrzahl der Felder hat ihren goldgelben Aehrenschmuck noch nicht verloren. Wälder umdunkeln das sonnenüberglänzte Land. Fast windstill steht die warme Luft. Die Vögel sind stumm geworden. Aber die Falter gaukeln noch immer.

Inmitten dieser Sommerfreude tollt eine Schar Kinder, Buben und Mädels, bunt durcheinander. Fast alles Flachsköpfe mit großen, blauen Augen und vollen, roten Lippen. Großstadtkinder sind es, die die Ferienwanderlust etwas weiter hinaus gelockt hat.

Schon in der Frühe sind sie losgegangen. Ein größerer Knabe machte den Führer. Er kannte sich aus. Und die Mütter, die Zutrauen zu ihm hatten, ließen ihre Kleinen mitziehen. Eine Kanne ungesüßten Kaffee-Ersatz und einen Kanten Brot gab es mit auf den Weg. Nur wenige hatten mehr zu tragen. Die Kleinen aber waren es zufrieden. Ihnen war es seligkeit genug, auf einen langen Sommertag dem Dunst der Stadtgassen entfliehen zu dürfen.

Singend marschierten sie ab. Die Sohlen ihrer Holzschuhe klapperten. Sobald sie aber hinaus in die spärlicher bewohnte Gegend kamen, wanderten die Holzschuhe in den Rucksack, den ein paar Größere auf dem Rücken trugen. Barfuß wurde weiter marschiert. Das war erst das richtige Vergnügen! Und als dann die Häuser ganz und gar in ihrem Rücken lagen, wurde erst einmal Rast gemacht. War auch das Brot trocken, das Frühstück mundete prächtig!

Nun aber hob das Spielen an. Je wilder, desto lieber! Laufund Ballspiele lösten die Kriegsspiele ab. Nur selten standen die Mädels abseits. In irgendeiner Weise konnten sie sich immer am gemeinsamen Tollen beteiligen. Tüchtig wurde gekreischt und gesungen, gescholten und gelärmt. Aber müde wurde so leicht keines. Schlapp zu machen, wäre auch eine Schande gewesen. So sahen sie die Sonne steigen, fühlten sie ihre brennenden Strahlen auf ihrem blonden Scheitel sengen, und sahen sie das große Himmelsgestirn sinken, tiefer und immer tiefer, bis an den Heimweg gedacht werden mußte, — denn auch die schönsten Spiele eines langen Sommerferientages haben einmal ein Ende . . .

•

Zur Lebensmittelversorgung

gibt die Hallesche Allgemeine Zeitung magistrats-offiziöse Mitteilungen wieder, denen folgendes entnommen sei:

Was die Kartoffelversorgung im kommenden Winter anbetrifft, so haben Magistrat und Stadternährungsamt wiederum die gute Absicht, den Haushaltungen zwei Zentner Kartoffeln zur Einlagerung zu übergeben. Sie halten es aber auch in diesem Jahre für die Hauptsache, daß die Haushaltungen in der Frostzeit mit Kartoffeln versehen sind. Gegen diesen Gedanken wird wohl niemand etwas einwenden können. Bei der Regelung des unmittelbaren Bezuges des Wintervorrats vom Lande durch die Halleschen Haushaltungen hat die Behörde übrigens mit der besonderen Schwierigkeit zu kämpfen, daß ihr erst kurz vor Beginn der Lieferungen bekannt wird, welche Kreise Halle mit Kartoffeln zu beliefern haben und auf welche Kreise daher auch die Haushaltungen beim direkten Bezuge vom Lande beschränkt sind. Die Haushalte müssen daher voraussichtlich auch in diesem Jahre damit rechnen, daß sie sich nach Erlaß der entsprechenden Bekanntmachung in kürzester Frist entscheiden müssen, ob sie ihren Wintervorrat vom Lande beziehen wollen und von welchem Landwirt. Es empfiehlt sich, daß Haushalte, die sich in dieser Weise eindecken wollen, sich rechtzeitig vorher, etwa bis Anfang September, mit einem Landwirt der Umgegend verständigen, selbst auf die Gefahr, daß der betreffende Kreis nicht zur Lieferung nach Halle bestimmt und der direkte Bezug aus diesem Kreise dadurch den hiesigen Haushalten unmöglich gemacht wird. Uebrigens bemüht sich das Stadternährungsamt bei der Provinzialkartoffelstelle um den Erlaß von Bestimmungen, die den direkten Bezug vom Lande erleichtern sollen. Der Erfolg dieser Bemühungen ist noch unsicher, da die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht unerheblichen technischen Schwierigkeiten begegnet.

In diesem Zusammenhange sei schließlich noch erwähnt, daß es unter allen Umständen strafbar ist, wenn ein Verkäufer den Verkauf von Kartoffeln von dem gleichzeitigen Ankauf anderer Waren, z. B. von Melonen, Möhren oder von der Anmeldung zur Kundenliste in seinem Geschäft abhängig zu machen versucht.

Die Brot- und Fleischversorgung Halles wird sich in den nächsten Wochen in den bereits bekannten Bahnen bewegen. Die Fleischmenge wird bekanntlich von Mitte August an in den Städten allgemein um 50 Gramm, d. h. von 250 auf 200 Gramm herabgesetzt werden. Letztere Maßnahme ist in vielen anderen Städten schon seit geraumer Zeit getroffen. Die Anregung zur freiwilligen Herabminderung der Fleischmenge war seinerzeit auch an die Stadt Halle ergangen, und wenn Halle sich trotzdem bis jetzt des vollen halben Pfundes Fleisch für den Kopf seiner Bevölkerung erfreute, so verdankt es das dem Stadternährungsamt, das im Interesse unserer Bürgerschaft auf der Ausgabe von 250 Gramm bestand. Für die Zukunft läßt sich diese Menge indessen mit Rücksicht auf die unbedingt notwendige Schonung unseres Milchviehbestandes nicht mehr aufrechterhalten, sie muß vielmehr im ganzen Reiche herabgesetzt werden.

---

* **Diejenigen Wehrpflichtigen, die bis einschließlich 31. Juli das 17. Lebensjahr vollenden,** werden aufgefordert, die Anmeldungen zur Landsturmrolle — soweit dies noch nicht geschehen ist — in der Zeit vom 5. bis 9. August von 10 bis 1 Uhr vormittags im Stadthaus (Schmeerstraße Nr. 1), Zimmer Nr. 18, zu bewirken. Die nicht in Halle oder in den eingemeindeten Vororten (Giebichenstein, Trotha und Cröllwitz) geborenen Wehrpflichtigen haben bei der Anmeldung einen standesamtlichen Geburtsschein (nicht Taufschein), der zu diesem Zwecke kostenlos erteilt wird, vorzulegen. Für die in Halle oder in den früheren Vororten Geborenen genügt jeder andere amtliche Ausweis, wie Invalidenkarte, Arbeitsbuch, Schulzeugnis.

* **An der Universität Halle** sind im Winter-Semester 1918/19 eingeschrieben 299 Landwirte von Beruf. Hiervon gehören an: Preußen 155, Königreich Sachsen 12, Anhalt 7, Baden, Bayern und Braunschweig je 6, Oldenburg 5, Hessen und Württemberg je 4, Hamburg, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Weimar je 3, Lippe 2, Bremen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Koburg-Gotha und Schwarzburg-Sondershausen je 1, insgesamt 220 Reichsdeutsche. Außerdem stammen aus Oesterreich-Ungarn 66, Bulgarien 7, Estland, Livland, Polen, Ukraine je 1, Schweiz 1, Türkei 2, Amerika 2. Dem Studium obliegen aber nur etwa 30, während die anderen als militär- oder landsturmpflichtig Kriegsdienst leisten.

* **Der Magistrat** weist darauf hin, daß dem Bureau VIII (Großer Berlin 11) bei Anmeldung von Beerdigungen die letzte Steuerquittung vorzulegen ist.

* **Eine allgemeine Verfügung des Finanzministers über die Berechnung der zur Sicherung einer Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände zu bildenden Rücklage** führt folgendes aus, wie uns von der hiesigen Warenumsatzsteuer-Stelle mitgeteilt wird: Die Verordnung des Bundesrats vom 2. Mai d. J. über Sicherung einer Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände (R.-G.-Bl. S. 379) hat mehrfach zu Zweifeln Anlaß gegeben, ob zur Bildung der Rücklage ein Aufschlag von 20 bzw. 10 oder von 25 bzw. 11 v. H. auf die bisherigen Verkaufspreise erforderlich ist. Die Ansicht, daß ein Aufschlag von 20 bzw. 10 v. H. genügt, ist nicht zutreffend, denn die Rücklage in der genannten Höhe ist von dem für den betreffenden Gegenstand vereinnahmten Entgelt zu berechnen. Hierzu gehört aber, wie bereits in der Begründung zum Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes — Reichstagsdrucksache Nr. 1461 S. 34 — ausgeführt ist, die Gesamtheit der Leistungen, die der Käufer zur Erlangung der Lieferung zu bewirken verpflichtet ist, also auch der Steuerbetrag selbst, den ihm der Verkäufer, sei es im Preise eingerechnet, sei es gesondert neben ihm, in Rechnung stellt. Will der Verkäufer also die ihn treffende zwanzigprozentige Steuerrücklage in voller Höhe auf den Käufer abwälzen, so muß er — bei sonst unveränderter Preisberechnung — den bisherigen Verkaufspreis nicht nur um 20 bzw. 10, sondern um 25 und 11 v. H. erhöhen.

* **Ueber die gegenwärtigen Ernteaussichten** soll nach einer Blättermeldung das preußische Landwirtschaftsministerium folgendes mitgeteilt haben: Nach den Berichten der Provinzialverwaltungen ist die Ernteaussicht für Preußen durchweg gut. Wenn keine zu erheblichen Wettereinflüsse noch eintreten, wird die Körnerernte das Mittel des Vorjahres übertreffen, die Kartoffeln stehen überall gut. In einzelnen Provinzen verspricht die diesjährige Ernte die beste des Krieges zu werden. Es ist in Aussicht genommen, unter diesen Umständen die Brot- und Kartoffelmengen bereits von Mitte August zu erhöhen und für den Ausfall an Fleisch in den fleischlosen Wochen Ersatzmittel zu bewilligen. Auch aus dem übrigen Deutschland lauten die Berichte über den voraussichtlichen Ernteausfall günstig. In den besetzten Gebieten, in Belgien und im Osten ist ebenfalls mit guter Ernte zu rechnen.

* **Sammelt die Kirschkerne.** Seit Beginn des Verkaufes von Kirschen in der Talamtschule sind die Straßen der nächsten Umgebung mit Kirschenkernen besät. Der Magistrat weist daher neuerlich darauf hin, daß die **Sammlung von Kirschenkernen** im Interesse der **Margarineerzeugung dringend notwendig** ist. Möchte daher niemand die kleine Mühe scheuen, die Kerne zu sammeln und an die Sammelstelle Gebr. Zorn, Gr. Steinstr. 9, abzuführen. Jeder kann auf diese Art zur Verbesserung der Fettversorgung beitragen.

* **Wichtige Regeln für Pilzfreunde.** 1. Nimm nur die Pilze, die du kennst. 2. Sammle im Anfang in Gesellschaft eines Pilzkenners und nur wenige Sorten; gehe allmählich zu neuen Arten über. 3. Mußt du allein sammeln, so laß die geernteten Pilze vor dem Genuß von einem Kenner durchsehen. 4. Sammle nur frische, feste Pilze und laß die alten, schwammigen stehen. 5. Bereite die Pilze frisch zu und ißt sie frisch. 6. Koche sie nicht zu lange, damit das darin enthaltene Eiweiß nicht durch Verhärtung unverdaulich wird, und kaue sie gut. 7. Lerne die giftigen Pilze kennen, wie die giftigen Pflanzen; es gibt kein allgemeines Erkennungszeichen. 8. Sei besonders vorsichtig bei jungen, unentwickelten Pilzen.

* **1000 M. für einen Herrenanzug!** Die Preise für Herrenanzüge beginnen ins Ungemessene zu steigen. Vor einem Jahre noch fand man es schon als sehr hoch, wenn ein Schneider für einen Anzug, der im Frieden 100 M. kostete, den doppelten Preis verlangte. Anfangs dieses Jahres stiegen die Preise auf 300 bis 400 M. Nunmehr verlangt bereits eine bekannte Schneiderfirma in Berlin für einen bürgerlichen Anzug 1000 M. Auf eine Anfrage beim Reichsverband für deutsche Herrenmode wurde erklärt, daß dieser Preis durchaus nicht überraschend sei. Der Oberstoff koste heute bei einem Meterpreise von 120 bis 130 M. allein schon etwa 420 M.; hierzu käme das Futter mit 100 M., ferner die Zutaten, wie Knöpfe, Nähseiden und Garn, die gleichfalls eine schwindelnde Höhe im Preise erlangt hätten. Ferner wäre in letzter Zeit der Arbeitslohn um 65 Prozent gestiegen. Rechne man nun noch die ungemein hohen Geschäftsunkosten hinzu, so ergeben sich für einen Anzug 700 bis 800 M. Herstellungskosten. 1000 Mark sei deshalb keine übermäßige Forderung. Es sei leider keine Aussicht vorhanden, daß die Preise auf dieser Stufe bleiben, man müsse vielmehr damit rechnen, daß sie noch viel höher steigen würden!

* **Einführung von Militärfrachtbriefen.** Mit dem 15. August wird von der Heeresverwaltung ein besonderer Militärfrachtbrief eingeführt, der in Form und Inhalt mit dem bisherigen Frachtbriefmuster übereinstimmt. Er ist auf der Adressenseite durch den Aufdruck „Militärfrachtbrief (Militäreilfrachtbrief)" als solcher deutlich erkennbar und bei Sendungen, die in der Heimat (ausschließlich des Operations- und Etappengebiets) aufgegeben werden, in der Spalte „Inhalt" mit einem farbigen Diagonalstreifen versehen. Für Sendungen, die im Operations- und Etappengebiet sowie im besetzten Gebiet aufgeliefert werden, sind in Spalte „Inhalt" zwei sich kreuzende farbige Diagonalstreifen auf den Frachtbrief aufgedruckt. Die Farbe der Diagonalstreifen kann nach näherer Anordnung des Kriegsministeriums gewechselt werden; sie ist vom 15. August an hellblau. Der Militärfrachtbrief gilt für alle militärischen Sendungen zum und vom Feldheer, in der Heimat und im besetzten Gebiet. Zivilpersonen ist die Verwendung von Militärfrachtbriefen zu nicht militärischen Sendungen auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand verboten.

* **Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten und Buchhandel.** Der Vorstand des Börsenvereins der deutschen Buchhändler zu Leipzig hat an den Reichstag und die amtlichen Stellen eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und eines Gesetzes gegen die Verhinderung von Geburten u. a. eine Bestimmung enthalte, wonach allgemein Gegenstände oder Verfahren zur Heilung oder Linderung von Krankheiten der Geschlechtsorgane nicht angepriesen oder angekündigt werden dürfen. Damit werde auch die gute, volkstümliche Literatur, die der Volksgesundheit dient und viel Gutes gestiftet und genützt hat, getroffen und ihr Weitererscheinen ernstlich in Frage gestellt. Eine Umfrage im Buchhandel habe ergeben, daß kaum ein Gesundheitslexikon, kaum ein populärer ärztlicher Ratgeber, kaum ein Konversationslexikon, ganz abgesehen von den einschlägigen wissenschaftlichen Büchern, nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, was in diesen Wirkungen wohl schwerlich der Wille des Gesetzgebers sei. Um diese Gefahren für den Buchhandel zu beseitigen, schlägt deshalb der Vorstand des Börsenvereins vor, den Vorschriften des Gesetzentwurfs folgenden

---

Handel und Wandel.

93] Von F. W. Hackländer.

Der Herr Kommerzienrat Schilderer war ein sehr gewichtiger und bedeutender Mann in der Handelswelt; als Chef des ersten Bankhauses des ganzen Landes hatte er das Wohl und Wehe einer großen Menge Kaufleute in der Hand, und da er zugleich Präses der Handelskammer und des Fabrikgerichts war, so entschied er zu gleicher Zeit über das Schicksal von Tausenden von Arbeitern, die ihn als einen unparteiischen Richter verehrten, liebten und fürchteten.

Im Geschäft strenge und unnachsichtlich, war er doch im gewöhnlichen Leben wohlwollend und freundlich, half den Bedrängten und übte Wohltaten an rechter Stelle, wo er nur konnte. Im Aeußern war der Kommerzienrat groß und schlank, hoch in den Fünfzigern, durch eine geschmackvolle und fortfältig auserwählte Toilette, sowie durch eine glänzend schwarze Perücke in den Augen der Welt als gut konserviert dastehend. Etwas Blendenderes und Frischeres, als die weiße Halsbinde war, die er trug, konnte man nicht leicht sehen; aus derselben hervor streckten sich unendlich steife und sehr lange Vatermörder, die ihm nicht erlaubten, den Kopf schnell auf die Seite zu drehen. Er mußte diese Bewegung durch eine halbe Wendung des Oberkörpers hervorbringen, was seiner ganzen Erscheinung etwas Steifes, aber zugleich Feierliches verlieh. Sein Kleid war vom feinsten schwarzen Tuch, und im Knopfloch bemerkte man ein farbiges Bändchen.

So kam er die Treppen herauf, im Vorgemach stand der Herr Block und nahm seinen Paletot in Empfang mit der Absicht, bei dieser Gelegenheit etwas von dem Gespräch vernehmen zu können. Ich unterstützte dies Vorhaben des jungen Herrn Block, indem ich an der Tür stehenblieb und dieselbe hinter mir offen ließ.

Der Kommerzienrat drohte mir leicht, aber nicht unfreundlich mit dem Finger, und mir war, als müsse durch sein Erscheinen meine Sache eine plötzliche und sehr günstige Wendung nehmen. „Guten Abend, Madame Stieglitz; sieh da! Doktor," sagte der Bankier beim Hereintreten und ließ sich gravitätisch auf einen Sessel nieder, den der letztere hinschob. „Sie werden erstaunen, mich so spät zu sehen, doch hat mir der Doktor da, natürlich im Vertrauen, eine Geschichte erzählt, die ich mir, da ich jenen Leichtsinn wohl kenne, zu Herzen nahm." Er versuchte bei diesen Worten mich anzusehen, was ihm aber seine Krawatte nicht erlaubte, da ich ganz in seinem Rücken stand. „Mein Kassierer," fuhr er fort, „ein Geschäft ein sehr brauchbarer Mensch, aber außerhalb ebenfalls etwas lustiger Natur, kam heute abend, nachdem Sie eben fort waren, Doktor, in einem fürchterlichen Katzenjammer — Madame, Sie verzeihen mir dies Wort — auf die Kasse geschlichen, um noch einige notwendige Zahlungen zu besorgen; ich habe ihm natürlich eingermaßen den Tert gelesen, doch als er die große Kasse öffnet — sie war seit Samstag verschlossen, denn ich lasse nur in der äußersten Not einen meiner anderen Leute für den Kassierer eintreten — siehe da! unter dem Deckel lag das Paket mit den fünfhundert Talern Kassenanweisungen, um das es sich handelt."

„Gelobt sei Gott!" rief ich laut auf, eilte auf den Bankier zu und empfing mit zitternden Händen das verloren geglaubte Geld.

„Die jungen, leichtsinnigen Menschen," fuhr der Bankier ernst fort, „dachten am Samstagabend, wie mir scheint, mehr an ihre Vergnügungen als an das Geschäft, und statt das Paket einzuschließen, ließen sie es in der Kasse liegen." Der Doktor reichte mir gerührt die Hand, und die Prinzipalin winkte mir freundlich zu, und aus der Ecke des Zimmers glaubte ich einen frohen Ausruf zu vernehmen.

„Es schiene mir jetzt das Rätlichste," sagte Herr Schilderer, wen man Ihren Buchhalter, den Herrn Specht, hier erscheinen ließe und ihn veranlaßte, seine Klagepunkte, die mir, aufrichtig gesagt, unbegründet erscheinen, nochmals zu wiederholen."

Die Prinzipalin sagte eifrig: „Ja, ja," und zog an der Klingelschnur, die ins Kontor führte; doch hatte der junge Herr Block draußen in der Freude seines Herzens den Paletot des Kommerzienrats in einen Winkel geworfen und sprang eiligst die Treppen hinauf. Daß er in diesem Augenblick nicht ein lautes Hurra ausstieß, war eine Mäßigung, die ich ihm nicht zugetraut hätte.

Wenige Augenblicke darauf trat der Herr Specht ins Zimmer, sein Gesicht war etwas blaß, und der Ton, mit dem er guten Abend wünschte, war weniger fest und selbstbewußtvoll als sonst. Ich sah diesem zweiten Verhör mit mehr Ruhe entgegen als dem gestrigen und zog mich ins Vorzimmer zurück, um dem Doktor vollkommen Spielraum zu lassen, seine Fragen gegen den Buchhalter zu stellen. Mich überwältigten tausend frohe Gedanken; den Namen Emma wiederholte ich unzähligemale, und einmal uns andere herzlicher und inniger. Stand ich doch jetzt schon von dem schlimmen Verdacht gerechtfertigt da, hatte ich doch ihr süßes Geständnis gehört; nur wie sich das Dunkel hinsichtlich des untergeschobenen Briefes aufklären würde, war ich begierig, zu erfahren. Daß die Unterschrift sehr ähnlich war, konnte man nicht leugnen — die Unterschrift der Prinzipalin — ich dachte nach, dachte eifrigst nach und auf einmal dämmerte mir ein Licht auf. Ja, so war es, so mußte es sein. Ich trat wieder ins Zimmer in dem Augenblick, wo der Doktor sagte: „Sie werden jetzt deutlich einsehen, Herr Specht, daß Ihr Kollege das bewußte Geld in keiner böswilligen Absicht erhob; denn wenn man sich unrechtes Geld aneignen will, so läßt man dies Gut nicht leichtsinnigerweise liegen, sondern nimmt es mit sich. Sagen Sie mir deswegen offen Ihre Meinung: Was glauben Sie, wie konnte jener Brief auf das Pult kommen, wer ist wohl imstande, diese Unterschrift so täuschend nachzumachen?"

Der Buchhalter zuckte die Achseln und hob die Augen gen Himmel; doch ich trat festen Schrittes an den Tisch und entgegnete, die Frage des Doktor beantwortend: „Ich glaube zu wissen, wer jene Unterschrift gemacht, und glaube ebenfalls sagen zu können, wer den Brief darüber schrieb, den man auf mein Pult legte." Alles sah mich erstaunt an, und der Buchhalter zuckte immerklich zusammen, als ich einen festen Blick auf ihn warf; doch verwandelte sich dieses Erstaunen in Schrecken, als ich ruhig fortfuhr: „Ich selbst habe jene Unterschrift gemacht, ja, ich selbst, aber im Beisein des Herrn Buchhalters."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180725-15/fragment/page=0005

Vorteil zu geben: „Es ist verboten, zum Zweck, sich einen geschäftlichen (wirtschaftlichen) Vorteil zu verschaffen, Mittel, Gegenstände usw." Diese Fassung würde geeignet sein, die Befürchtungen des Buchhandels hinfällig zu machen und ihn vor Schaden bewahren.

* **Verurteilter Defraudant.** Der Kaufmann Friedrich K. war seit Mitte vorigen Jahres als Buchhalter bei der Halleschen Genossenschaftsbank tätig. Gegen Ende März 1918 erhöhte er aus Gefälligkeit anderer Beamten der Bank, daß für die Bank auf deren Postscheckkonto in Leipzig 200 000 M. eingezahlt seien. Er nahm nun zehn Postscheckformulare über je 20 000 M., fälschte die Unterschrift zweier Direktoren und hob das Geld in Leipzig ab. Am 25. März verschwand er, schrieb aber, um seine Verfolgung zu hintertreiben, an die Bank einen Brief, in dem er mitteilte, daß er der Täter sei und freiwillig aus dem Leben scheiden werde. Von dem Gelde vergrub er 199 000 M., die die Bank aber wieder zurückbekommen hat, weil die Mutter des Betrügers wiederholt in diesen Gebrungen ist, doch das Versteck des Geldes angegeben. Jetzt stand die Sache vor der Strafkammer an. Der Gerichtshof hat den Angeklagten wiederholt untersucht und leichte Nervenschwäche und eine leichte Beschränktheit feststellen können. Die Staatsanwaltschaft beantragte unter Versagung mildernder Umstände eine Zuchthausstrafe von einem Jahre drei Monaten, sowie 1000 M. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte den geständigen und noch nicht bestraften Angeklagten unter Zubilligung mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren, worauf drei Monate der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurden; auch wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

* **Von berittenen Polizeibeamten wurden am Montag zwei jugendliche Personen und am Dienstag eine Frau und ebenfalls zwei jugendliche Personen beim Aehrendiebstahl betroffen.** Ihre Namen sind festgestellt.

* **Unglücksfall.** Ein auswärts wohnhafter 11 Jahre alter Knabe sprang in der Delitzscher Straße von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen und fiel so unglücklich, daß er besinnungslos liegen blieb. Er wurde mit einer Droschke der Kgl. Klinik zugeführt.

* **Ueber Kartoffeldiebstähle im Saalkreis** wird aus Döllnitz folgendes berichtet: Die Kartoffeldiebstähle treten sowohl in hiesiger Feldmark als auch in den umgebenden jetzt sehr in die Erscheinung; meist ist es dabei auf Frühkartoffeln abgesehen, wobei aber auch keine Rücksicht auf späte Sorten genommen worden ist. Man begegnet daher Vorkommnissen, wo zwecklos Stöcke herausgerissen worden sind, an denen noch gar keine verwendbaren Knollen vorhanden waren und bei dem Suchen nach reiferen Knollen ist teilweise namhafter Schaden angerichtet worden; anderseits hat man sich mit „Abbudeln" begnügt, wobei ebenfalls nicht unbedeutende Mengen entwendet worden sind. Verschärfter Feldhüterdienst ist daher mehrfach erforderlich.

* **Von der Strafkammer.** Die Arbeiter Karl Br. und Hermann W. waren bei einem Arbeiter in Großmühlen eingetiegen, hatten das Vorhängeschloß zu der Räucherkammer aufgebrochen und sechs Pfund Schinken, sowie zwei Würste gestohlen, zugleich auch ein Paar Stiefel mitgehen heißen; die ganze Beute hatten sie für 30 M. verkauft. Das Gericht billigte den noch nicht bestraften jugendlichen Angeklagten mildernde Umstände zu und verurteilte sie zu einer Gefängnisstrafe von je drei Monaten. — Die Schüler Paul A., Kurt Pf. und Heinrich W. in Schkeuditz waren angeklagt, in den Kaninchenstall eines Bahnarbeiters eingebrochen und zwei Kaninchen gestohlen zu haben. An einem anderen Tage haben die beiden ersten Angeklagten in der Turnhalle, in die sie durch ein offenes Fenster gelangt waren, Schränke mit einem Eisen aufgebrochen und sechs Paar Turnschuhe gestohlen. Im Mai haben sie dann noch aus einem Wagen einen Sack Kartoffeln gestohlen. Das Gericht verurteilte die jugendlichen Sünder zu Gefängnisstrafen von vier Wochen, zwei Wochen und von drei Tagen. — Die Dienstmagd Berta K. war beschuldigt, einer Frau Sp. in Teutschenthal aus der Wohnung, zu der zufällig ihr Stubenschlüssel paßte, zwei Pfund Speck, zwei Pfund Schinken, vier Paar Strümpfe und ein Stück Band gestohlen zu haben. Die Angeklagte gab nur den Diebstahl des Specks und des Schinkens zu, behauptete aber, sie habe nicht zwei Pfund, sondern nur kleinere Mengen genommen. Das Gericht hielt die Angeklagte für überführt, billigte ihr bei ihrer Jugend aber mildernde Umstände zu und verurteilte sie zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten.

Hallesche Kriegsverluste.

Preußische Verlustliste Nr. 1186: Hoch, Erich, Oberl., 21. 3., gefallen. Linke, Walter, 21. 2., vermißt. Michaelis, Hermann, 21. 9., aus Gefangenschaft zurück. Naumann, Kurt, 29. 10., gefallen. Schneider, Kurt, Gefr., 10. 2., schw. verw. Theile, Albert, 14. 2., aus Gefangenschaft zurück.

Preußische Verlustliste Nr. 1187: Hohndorf, August, Gefr., 6. 9., gefallen. Kräuter, Paul, 18. 4., l. verw. Lehmann, Otto, 22. 12., gestorb. infolge Krankheit. Rocke, Hermann, 21. 1., l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 1188: Freitag, Bernhard, 17. 11., bisher schw. verw., schw. verw. u. vermißt. Helling, Paul, 8. 10., schw. verw. Henschel, Richard, 16. 3., gefallen. Herrmann, Walter, Ltn. d. R., 14. 12., l. verw., b. d. Tr. Janke, Friedrich, Fahnenj. Uffz., 17. 11., leicht verwundet. Kahle, Richard, Gefreiter, 10. 2., gestorben infolge Krankheit. Knöchel, Reinhold, Uffz., 13. 3., gefallen. Mergner, Alfred, 7. 4., leicht verwundet, b. d. Truppe. Ohlhorst, Friedr., Lt. d. R., 30. 9., schwer verwundet. Parnicke, Walter, Ltn. d. L., 13. 11., leicht verwundet.

Preußische Verlustliste Nr. 1189: Dorlmann, Kurt, 18. 4., leicht verwundet. Lampe, Eduard, 29. 6., leicht verw., b. d. Tr. Pflanze, Wilhelm, Uffz., 26. 10., aus Gefangenschaft zurück. Rolle, Otto, Sergt., 5. 9., vermißt. Schrader, Kurt, 6. 1., leicht verwundet. Werner, Richard, Gefr., 22. 10., gefallen.

Preußische Verlustliste Nr. 1190: Günther, Fritz, Ltn. d. R., 6. 6., leicht verwundet. Haedecke, Otto, Uffz., 10. 11., leicht verwundet. Hintzsche, Hermann, Gefr., 31. 12., leicht verwundet, b. d. Tr. Jungbluth, Erich, Gefr., 22. 11., leicht verwundet. Loel, Otto, Vizefeldw., 22. 1., gefallen. Nitius, Willi, 4. 6. gefallen. Seitzer, Bruno, 25. 9., schw. verw. Voigt, Otto, 6. 6., schwer verwundet.

Preußische Verlustliste Nr. 1191: Aßmann, Erich, 23. 7., leicht verwundet. Breiling, Karl, 28. 12., leicht verwundet, b. d. Tr. Finke, Joseph, 21. 11., leicht verwundet. Heimanns, Emil, 9. 5., schwer verwundet. Mecker, Hugo, Gefr., 31. 12., schwer verwundet. Otto, Johannes, 24. 1., verwundet. Stiele, Kurt, 28. 4., bisher vermißt, in Gefangenschaft.

Preußische Verlustliste Nr. 1192: Boeck, Felix, Ltn. d. R., 3. 1., gefallen 5. 9. 14. Engelhardt, Karl, 21. 1., leicht verwundet. Fuchs, Bruno, 1. 2., bisher vermißt, in Gefangenschaft, verw. Paul, Gefr., 25. 2., leicht verwundet. Hodas, Konrad, 21. 11., leicht verwundet. Heyer, Wilhelm Karl, 18. 6., leicht verwundet. Huth, Edmund, 12. 5., bisher verm., in Gefangenschaft. Keitel, Siegmund, 29. 12., bisher vermißt, verw. und in Gefangenschaft. Lange, Kurt, 18. 10., leicht verwundet. Ludwig, Willy, 15. 10., leicht verwundet. Picht, Paul, Gefreiter, 6. 12., bisher verm., tot. Schaaf, Friedrich, 1. 8., schwer verwundet. Rothe, Albert, 21. 1., leicht verwundet. Schirmer, Otto, 1. 9., schwer verwundet. Schröder, Max, 28. 3., gefallen. Spaar, August, 18. 5., schwer verwundet. Wolniak, Maximilian, 20. 6., gefallen.

Sächsische Verlustliste Nr. 518: Friedrich, Franz, 1. 3., leicht verwundet. Knietzsch, Paul, 30. 7., gefallen.

Kaiserliche Marine (Verlustliste Nr. 153): Holland, Ferdinand, Ob.-Masch., Mt. d. S. I., tot. Keller, Walter, B. Mtr., vermißt. Müller, Kurt, Serg. d. S. II., leicht verwundet.

Berichtigungen zu Verlustlisten: Nr. 108: Kittel, Kurt, Hsr., bisher vermißt, tot. Nr. 128: Würzer, Bruno, B. Mt., bisher vermißt, tot.

Aus der Provinz.

Textilfaser-Ersatz.

Durch eine neue Erfindung in der Textilindustrie, die sich an das Kunstseideverfahren anlehnt, ist es, wie wir dem Konfektionär entnehmen, möglich geworden, eine kurze Faser herzustellen, die beliebig verarbeitet werden kann. Unter dem Namen „Zellulosegarn" ist sie in unterrichteten Kreisen bekannt geworden. Technisch wird dieses Produkt heute allgemein Garn aus Stapelfaser genannt. Nach diesem Verfahren ist es möglich, Kleiderstoffe jedweder Art, sowohl für Männer- wie für Frauenkleidung und vor allem Wirkstoffe in höchster Vollkommenheit herzustellen. Von vornherein sind Bestrebungen im Gange gewesen, die Fabrikation auf möglichst breite Basis zu stellen und nicht nur diejenigen Unternehmungen allein, die das Patent erworben hatten, mit der Anfertigung zu betrauen. Aus volkswirtschaftlichem Interesse sollte jedem, der hierzu bereit und imstande war, die Anfertigung der Stapelfaser gestattet sein. Andere Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, betrafen die Bereitstellung von gewissen Chemikalien in genügender Menge, die zur Herstellung der Stapelfaser notwendig sind. Diese chemischen Produkte werden ebenfalls für die Zwecke der Kriegführung in großem Umfange benötigt. Auch dieses Hindernis kann als überwunden gelten. Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung hat sich der Angelegenheit in durchgreifender Weise angenommen, und nun soll mit der Herstellung in großem Maßstabe begonnen werden.

So steht, wie der Leiter der Reichsbekleidungsstelle, Geheimrat Dr. Beuiler, im Reichstag und in seinen Vorträgen ausgeführt hat, in kurzer Frist eine durchgreifende Verbesserung in der Versorgung mit Stoffen zu erwarten. Er hat von vornherein den Einwand eines zu großen Optimismus damit abgetan, daß die verantwortlichen Stellen in der Kriegs-Rohstoff-Abteilung noch viel größere Erwartungen hegen, die die seinen bei weitem übertreffen. Es bedarf gar keiner näheren Ausführungen darüber, von welcher Wichtigkeit für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben diese Tatsachen sind. Gerüchte hierüber sind schon seit einiger Zeit im Umlauf und haben an den deutschen Börsenplätzen zu einer Hausse für die Aktien von Textilunternehmungen geführt, wie sie seit langem nicht zu verzeichnen gewesen ist. Die Steigerung im Aktienkurs erstreckt sich aber nicht nur auf die Wertpapiere solcher Unternehmungen, die tatsächlich die neue Faser herstellen, sondern auch die Aktien von Firmen werden davon betroffen, die mit der neuen Fabrikationsweise nicht das geringste zu schaffen haben. An allerkürzester Zeit ist in erster Reihe eine bessere Beschäftigung in der Textilindustrie zu erwarten, der sich wohl auch bald eine Geschäftsbelebung in der Konfektionsindustrie anschließen dürfte.

Merseburg. Ausgabe von Lebensmitteln. Für die Zeit vom 29. Juli bis 4. August werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 150 Gramm Kunsthonig zum Preise von 15 Pf. auf Bezugsschein Nr. 45, 1 Pfund eingelegter Weißkohl zum Preise von 45 Pf. oder 1 Pfund Karotten zum Preise von 50 Pf. Der Verkauf erfolgt von Donnerstag den 1. August bis Sonnabend den 3. August gegen Abgabe der Quittungsabschnitte.

Merseburg. Eine bezeichnende Anzeige erläßt der Besitzer des Rittergutes und der Baumschulen Zöschen bei Merseburg, Dr. Dieck. „Um der immer unerträglicher werdenden Kriegswirtschaftung der landwirtschaftlichen Produktion mich noch Möglichkeit entziehen zu können", will er seinen landwirtschaftlichen Eigenbetrieb auflösen resp. seine Grundstücke parzelliert verpachten und das gesamte Inventar sofort freihändig verkaufen.

Weißenfels. Diebstähle. In der Nacht vom 18. zum 19. Juli sind aus dem Große Kalandstraße 7 befindlichen Zigarrengeschäft mehrere Kisten Zigarren sowie verschiedene Pakete Zigaretten und Tabak gestohlen worden. Ferner sind aus einer Novalisstraße 13 belegenen Wohnung ein schwarzer Ulster, ein schwarzer Winterüberzieher, ein Sommerüberzieher, eine schwarzweiße Hose, vier Paar Herrenschuhe und ein Paar Damenschuhe gestohlen worden.

Delitzsch. Diebstähle. Während einer der letzten Nächte brachen Diebe in das Manufakturwarengeschäft von Hermann Bahrenburg, Ecke Linden- und Eilenburger Straße, ein und schleppten Ware aus einem nicht fest verschlossenen Fenster fort. Zwar wurden die Diebe bei ihrer Tätigkeit gestört, sie entkamen aber unerkannt. Aus den dort lagernden Beständen der Annahmestelle der Reichsbekleidungsstelle sind 13 abgelieferte Anzüge gestohlen worden.

Naumburg. Ueber die Versorgung unserer Kriegsküche in der Kl. Fischgasse mit Lebensmitteln und über die Verpflichtung ihrer Gäste für das erhaltene Essen sind vielfach ganz falsche Ansichten verbreitet, so daß er erwünscht erscheint, darüber, sowie über die Organisation der Küche einmal genaue Auskunft zu geben. Der Betrieb der Küche unterliegt derselben scharfen rechnerischen Kontrolle wie alle städtischen Betriebe. Die Zuführung der Lebensmittel erfolgt im großen durch die Stadt gegen Bezahlung, im kleinen durch freihändigen Ankauf, besondere kostenlose Zuwendungen erfolgen nicht. Jeder Gast hat seine Speisemarke spätestens am Tage vorher zu kaufen, und zwar zum vollen Werte des verabreichten Essens, und hat zugleich die Hälfte seiner Lebensmittelmarken abzugeben, die andere verbleibt ihm für das Abendessen. Von der Abgabe ausgenommen sind nur die Brot-, Fleisch- und Fettmarken. Hierin liegt eine Bevorzugung, denn dem im Essen enthaltenen Mehl entspricht keine Abgabe, auch Fleisch und Fett bekommt der Esser ohne solche. Bedenkt man aber, daß die niemals erheblich gewesene Menge an Fleisch und Fett in letzter Zeit auf 25 Gramm Fleisch für Kopf und Woche und auf ½ Gramm Fett für Kopf und Tag zurückgegangen ist, so wird man diesen Vorzug unseren wirtschaftlich schwachen Mitbürgern gern gönnen.

— **Ertrunken.** Ende voriger Woche ertrank infolge Herzschlages beim Baden an den Fischhäusern die 14jährige Tochter des Kanzleisekretärs Hauschild aus Schulpforta. Die geübte Schwimmerin hatte sich eben mit Freundinnen unterhalten, als plötzlich Hilferufe ertönten. Im selben Augenblick war sie auch schon in den Fluten verschwunden. Ihr entseelter Körper konnte noch am Abend, nach vierstündigem Suchen, geborgen werden.

Torgau. Mit Ernährungs- und Wirtschaftsfragen beschäftigte sich eine von den Arbeiter-Ausschüssen in das Schützenhaus einberufene Versammlung, die von etwa 700 bis 800 Arbeitern besucht war. Einleitend erstattete Herr Süß Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse. Eine Eingabe an die Hausbesitzer über Einführung von Gas oder Elektrizität habe leider nur teilweise Erfolg gehabt. In bezug auf die Kaischußfrage bei der Ortskrankenkasse sei es gelungen, eine Neuwahl von je 24 Mitgliedern und Ersatzleute mit dem Vorstande zu bereinbaren, die jetzt stattfinden soll. Mißstände beim Quartierkauf werden hoffentlich durch die erfolgte Regelung beseitigt. Der Obstvorkauf liege in Torgau immer noch im Argen. In der Kohlenfrage sei der Kaischuß in Berlin beim Reichskommissar gewesen. Danach dürften doch wohl mehr zur Verteilung kommen als 5 Zentner. Auch die Verteilungsart solle anders geregelt werden, nicht nur der Mietzins und die Größe der Wohnungen, sondern auch die Kopfzahl werde zugrunde gelegt. Wegen der Versorgung der Stadt mit Fischen sollen, da die Zahl der Fischer zu gering ist, zwei eingezogene Elbfischer durch den Reichskommissar reklamiert werden. Bezüglich der Kartoffelversorgung wies der Redner auf die von der Reichsstelle gemachten Fehler hin, verurteilte die Kartoffeldiebstähle, besonders in den kleinen unbewachten Ackerstücken, und meinte schließlich, daß der Ausschuß sich besonders der Versorgung Torgaus mit Gemüse und Hülsenfrüchten annehmen müsse, wo noch viel zu regeln sei. Es folgte eine sehr ausführliche Aussprache, in der eine Menge Meinungen oder Beschwerden zum Ausdruck kamen. Neu war, daß Herr Stahlwerksdirektor Dr. Goertner erklärte, er habe vor längerer Zeit dem Magistrat den Vorschlag gemacht, gemeinsam mit den Werken eine Einkaufsgesellschaft zu gründen, an der sich auch einzelne Familien hätten beteiligen können. Der Magistrat habe es abgelehnt, und infolgedessen sei auch der Landrat dem Plane nicht nähergetreten. Jetzt sei natürlich nichts mehr zu machen. Von den anwesenden Stadtverordneten Becker, Martin und Wehner wurde mit Erstaunen erklärt, daß ein solcher Vorschlag niemals an die Stadtverordnetenversammlung gekommen sei, diese würde ihn wohl nicht abgelehnt haben. Auch die Wohnungsfrage wurde erörtert, ohne daß freilich neue praktische Vorschläge gemacht werden konnten. Herr Süß hob hervor, daß die hiesigen Baugenossenschaften wohl den Plan hatten, Kleinhäuser zu bauen, daß aber die Wohnungen bei den jetzigen Preisen viel zu teuer gekommen wären. Wo noch leere Wohnungen vorhanden sind, müßten diese bei eo. Weigerung der Hausbesitzer zwangsweise vermietet werden. Gegen das Mieteinigungsamt wurden einige Beschwerden vorgebracht, besonders auch gegen seine Zusammensetzung.

Eisleben. Unglücksfall. Beim Herabfahren vom neuen Friedhofe versagte das Schleifzeug an einem Kohlengeschirr, das dann den Berg herunterlaufe und gegen eine Linde fuhr, wobei der Geschirrführer vom Wagen heruntergeschleudert und schwer verletzt wurde. Er ist von der Sanitätswache nach dem städtischen Krankenhause geschafft worden.

Saugerhausen. Ehrengeläut. Am Sonntag wurde vormittags 11 Uhr zu Ehren der in letzter Woche im Weltkrieg gefallenen Söhne unserer Stadt mit den Glocken geläutet.

— Abgefaßter Feldpostdieb. Der Postschaffner Hermann König, der schon vier Jahrzehnte im Dienste der Reichspost steht, hat sich seit längerer Zeit durch Unterschlagung von Feldpostpaketen bereichert. Nachdem diese Straftaten einwandfrei festgestellt worden waren, wurde er verhaftet und in das Landgerichtsgefängnis in Naumburg eingeliefert.

Aus der Partei.

Kriegsparteitag der Sozialdemokratie Badens.

Am zweiten Tage der Verhandlungen wurden die Fragen der Reichs- und Landespolitik behandelt. Ueber die Reichspolitik sprach Gen. Reichstagsabgeordneter Oskar Geck-Mannheim, der in großzügiger etwa eineinhalbstündiger Rede die gegenwärtige politische Lage im Reich behandelte und in besonders eingehender Weise die Stellung unserer Partei und der Reichstagsfraktion zu der Innen- und Außenpolitik darlegte. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Ohne Widerspruch beschloß die Versammlung, um den tiefen Eindruck der Ausführungen des Gen. Geck nicht abzuschwächen, von einer Diskussion über seine Rede abzusehen. Einer Entschließung folgenden Inhalts wurde einmütig zugestimmt:

Der am 20. und 21. Juli 1918 zu Offenburg abgehaltene Parteitag der badischen Sozialdemokratie billigt die Haltung, welche Reichstagsfraktion und Parteivorstand während der vier Kriegsjahre in den großen politischen Fragen eingenommen haben. Er erklärt sich insbesondere mit ihrer Stellungnahme zur Frage der Landesverteidigung und mit ihren Bestrebungen zur freiheitlichen und demokratischen Ausgestaltung der inneren Einrichtung im Reich und Einzelstaaten einverstanden. Mit besonderer Befriedigung begrüßt der Parteitag die energische und zähe Arbeit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes zur Anbahnung eines ehrenvollen, die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes sichernden und die Freundschaft mit allen Kulturnationen gewährleistenden Friedens. Der Parteitag vertraut darauf, daß sie diese Arbeit auch fernerhin energisch fortsetzen, um das deutsche Volk recht bald wieder der Segnungen aufbauender Kulturarbeit teilhaftig werden zu lassen."

Ueber die Tätigkeit der Landtagsfraktion sprach Landtagsabg. Strobel-Mannheim. In der Aussprache wurde der Fraktion allgemeine Anerkennung für ihre Arbeit in der verflossenen Landtagsperiode gezollt. Es schloß sich noch eine längere Aussprache über die Ernährungsverhältnisse in Baden an, in der die Maßnahmen der Regierung und der Behörden einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Ein Antrag, der der Landtagsfraktion die Anerkennung für ihre geleistete Arbeit ausspricht, fand einstimmige Annahme.

Die Wahl des Landesvorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Für den Gen. Frank, dessen Stelle bisher unbesetzt gewesen ist, wurde Gen. Reichstagsabg. Oskar Geck-Mannheim gewählt.

Der Parteitag ist ein neues erfreuliches Zeichen dafür, daß die badische Partei geschlossen und einig dasteht. Sie hat die Krise des Krieges überwunden und befindet sich wieder auf dem Wege gesunder und stetiger Entwicklung. Mit Befriedigung und Stolz konnte deshalb Gen. Geiß in seinem Schlußworte auf die geleistete praktische Arbeit hinweisen, die sicher der Partei reiche Früchte bringen wird.

Eingegangene Schriften.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 15 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der Weg zum Erfolg. Von R. Tronicke-Bremerhaven. — Der Schutz der jugendlichen Arbeiter nach den Berichten der Gewerbeaufsicht. — Siegesfeiern. Von R. R. — Leuchtende Ströme. Von Paul Stephan. (Mit Abbildungen.) — Bruder, ich denke an dich ... Gedicht von Artur Zickler. — Aus der Jugendbewegung. — Von der französischen Arbeiterjugend. — Die Gegner an der Arbeit.

Kleines Feuilleton.

Unter Pferden.

„Warum läßt du dir das gefallen, Schimmel, daß ein tückischer farbiger Affe auf deinem Genick sitzt, dir spitze Eisen in die Flanke bohrt und dich mit der Peitsche halb tot prügelt?"

„Frag' nicht so dumm, Rappe, das muß doch so sein."

„Warum?"

„Darum. Wir müssen das letzte hergeben, das Lunge, Herz, Muskeln, Nerven leisten können. Kämpfen und siegen: das ist Pferdeparole."

„Weshalb müssen wir kämpfen und siegen?"

„Ertens um des Preises, zweitens um der Ehre willen."

„Aber die heimsen doch nicht wir ein, sondern unsere Besitzer."

„Dafür klopft uns, wenn wir bran waren, der Besitzer auf die Kruppe. Ach, wie wohl tut das einem pflichtgetreuen Pferdehintern!"

„Und was denkst du dir so, wenn dir im Rennen der Atem ausgehen will und du meinst, es ginge durchaus nicht weiter und du müßtest hinfallen und alle viere von dir strecken?"

„Dann denke ich mir: Durchhalten! Und damit ich durchhalte, bekomme ich die sogenannten „Hilfen" durch Sporen und Peitsche."

„Hast Du nie daran gedacht, deinen Reiter abzuwerfen?"

„Nie! Wie kannst du so was fragen? Mit Herz und Huf für Besitzer und Jockei!"

„Pfui, du Vieksch . . . in dir lebt ja eine Menschenseele!"

Der Schimmel rückte ein wenig ab von dem aufgeregten Rappen; dann sagte er: „Peitschewitt".

(Aus der Wochenschrift „Friede".)

Humoristisches.

Dodoron reibe sie ab. Ein Leser des „Höchster Kreisblattes" schreibt: Ich fuhr dieser Tage mit einer Vorortbahn nach Mainz, als neben mir ein etwa 10—12jähriger, ärmlich gekleideter Junge Platz nahm, der einige Sträuchen Walderdbeeren in der Hand hielt. Ich fragte ihn, ob er mir ein Sträuchen verkaufen wolle. „Kee Wunner! Die sin jo zum verkaofe!" — „Was kostet denn eins?" — „E Mark!" — „Donnerwetter!" sage ich, „du bist aber echt! So ein Dutzend Beerchen kaufte man früher für 5 Pfennig." — „Ja, sehn'se," erwiderte der kleine Bengel altklug, indem er seine Sträuchen sorglich zurecht zupfte, „do redde se von früher un von heut. Wie awer die deitsch Valuta domals gestanne hot und wie se heit steht, — gelle, dodevon redde se nix!"

Vom Kriege unberührt. „Meine Verlobung mit Frl. Agnes Pr., Tochter des Herrn Postsekretärs Pr., Kassel, wurde von den Eltern der Braut zehn Tage vor der Hochzeit aufgehoben, da ich denselben in bezug auf Kleidung in Kassel nicht nobel genug auftrat. Jul. B., Lehrer, Lippoldsberg." So zu lesen in Zeiten der Kleidernot in Kasseler Zeitungen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180725-15/fragment/page=0006